

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 43

Juli 1988

2 DM

Dokumentation

Zum Kampf in Rheinhausen

Flugblatt Nr.1, Januar 1988: Für das Kapital und seine Politiker zählt nur Profit, Profit und nochmals Profit

● DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN!

Flugblatt Nr.2, Februar 1988: Kann eine "Verstaatlichung" die Krise in der Stahlindustrie und anderswo lösen ?

● DIESER STAAT IST NICHT UNSER STAAT!

Flugblatt Nr.3, Mai 1988: Wer sich auf den DGB-Apparat verläßt, der ist verlassen !

● RHEINHAUSEN UND DER DGB

Solidarität im gemeinsamen Kampf zwischen deutschen und ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern

● UNTER UNS KEINE SKLAVEN, ÜBER UNS KEINE HERR'N!

● KRIEGSVERBRECHER KRUPP

● ANHANG

DOKUMENTE KÄMPFERISCHER ARBEITERINNEN UND ARBEITER

★ Das ist nicht das letzte Wort !(Flugblatt)

★ Rede, die nicht gehalten werden durfte

VORWORT

In Rheinhausen hat die Belegschaft zunächst klar eine Niederlage erlitten. Wie, mit welchen Methoden und Mitteln die Belegschaft überwältigt und zur Einstellung ihres Kampfes gebracht wurde - das ist für alle Arbeiterinnen und Arbeiter eine lehrreiche Angelegenheit. Eine sich neu formierende Arbeiterbewegung in Westdeutschland wird als einen Bezugspunkt genau diese Erfahrungen im Kampf in Rheinhausen auswerten müssen.

Die Rolle des Krupp-Konzerns und der Stahlkapitalisten überhaupt wurde in diesem Kampf weitgehend klar. Trotz aller noch vorhandenen Illusionen wurde auch die Rolle von SPD-Rau und der DGB-Führung in den Monaten des Kampfes deutlich, die schon nicht mehr in der Lage waren, den Kampf einfach zu stoppen. Aber es fehlte weitgehend die Klarheit über das gesamte kapitalistische System und die Rolle des westdeutschen Staates als Werkzeug des Kapitals in diesem System. Auch der feste Platz des DGB-Apparates innerhalb dieses ganzen Systems wurde im Rahmen der Kämpfe in Rheinhausen im Grunde noch nicht in Frage gestellt.

Unmittelbar ausschlaggebend aber für den putschartigen Abbruch des Kampfes waren jene Leute, in die die Belegschaft weitgehend ihr ganzes Vertrauen gesetzt hatte: Theo Steegmann vom Betriebsrat, der Pfarrer Kelp, der "Scharfmacher" Laakmann.

Es war der entscheidende Schachzug, daß es dem Kapital, der DGB-Führung und der SPD gelang, diese Figuren, die die Fäden des Kampfes in der Hand hielten, zu der putschartigen Erklärung zu bewegen: DER KAMPF IST BEENDET! Es zeigte sich die Rolle der DGB-Führung und der SPD als Machtinstrumente des Kapitals, konkretisiert auf Figuren, die zunächst als integer und unbestechlich auch von den Medien gezielt aufgebaut wurden.

Wird die Führung eines solchen Kampfes wie in Rheinhausen von der Belegschaft in solche Hände gelegt - ohne überhaupt mit der Möglichkeit zu rechnen, daß diese Personen eine 180 Grad-Kehrtwendung vornehmen werden - sind die Weichen schon gestellt, um den Kampf in Resignation zu ersticken.

In vollem Bewußtsein, sich gegen die Mehrheit der Belegschaft zu stellen, nicht im geringsten mit ihnen diskutiert zu haben, verwandelten sich diese Personen "über Nacht" für jeden erkennbar in geifernde Feinde des Kampfes der Arbeiter, denen keine Demagogie und Beschimpfung zu plump war. (Die Haßtiraden des Pfaffen gegen die oppositionelle Linke in der Belegschaft trugen ihm rasch den Namen "Exorzist" ein.)

Es war keine organisierte Kraft auf diesen "Putsch" vorbereitet und in der Lage, den Kampf direkt weiterzuführen. Gerade dies aber ist unerlässlich, um in kommenden Kämpfen erfolgreicher zu sein.

* * *

Die nachfolgenden drei Flugblätter von GEGEN DIE STRÖMUNG haben wir noch ergänzt durch einige Informationen über die ungeheuren VERBRECHEN des KRUPP-KONZERNS und unsere Stellungnahme zur nötigen SOLIDARITÄT mit den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern. Im Anschluß ein mehr grundsätzlicher Artikel über die Arbeiteraristokratie. Die im Anhang noch angefügte Rede kämpferischer Gewerkschafter gibt einen recht anschaulichen Einblick in die konkreten Umstände der Niederlage in Rheinhausen und soll von uns ausdrücklich zur Diskussion gestellt werden.

Redaktion GDS

Für das Kapital und seine Politiker zählt nur
Profit, Profit und nochmals Profit

DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN!

**STREIKS! DEMONSTRATIONEN! SPRENGUNG
EINER AUFSICHTSRATSSITZUNG! STURM
AUF DIE VILLA HÜGELI BESETZUNG DER
KRUPP-ZENTRALE!** Nicht Tausende, Zehntau-
sende, nein Hunderttausende beteiligten sich an
solchen Aktionen in den letzten Wochen. Die
bürgerlichen Gesetze wurden vielfach durch-
brochen!

Das ist der richtige Weg: Je radikaler, ener-
gischer und massenhafter die Proteste und
Kämpfe sind, um so besser. Denn das ist die
einige Sprache, die das Kapital versteht. Mit
Verhandlungen, Petitionen, scheuen Worten, mit
Hoffen und Warten wird lediglich die Sache
hingeschleppt, der Kampf in die Länge gezogen,
werden die Betroffenen eingeseift.

- Nichts und niemand wird Euch helfen,
- wenn Ihr Euch nicht selber helft. Niemand
- wird Euch Euren Kampf abnehmen, nichts
- kann ihn ersetzen oder ersparen. Keine Re-
- gierung, keine Führer dieser Gewerkschaft
- wie Steinkühler und Konsorten, keine der
- Parteien da oben kann es tun, sondern Ihr
- selbst müßt Euer Schicksal in die Hand
- nehmen. Sich auf die eigenen Kräfte stüt-
- zen - das ist ein Kern im Kampf gegen
- Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen.

Gründet Kampfkomitees für alle kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, egal ob ausländische
oder deutsche, egal ob Gewerkschaftsmitglied
oder nicht, und stellt Verbindungen zu anderen
Betrieben her.

Es muß gewährleistet sein, daß sich alle zusammenschließen, die ehrlich beim Kampf dabei sind, egal aus welchem Land sie kommen, welche Nationalität sie haben, egal ob Arbeiter oder Arbeiterin. Und jeder, der die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern unterstützt, mitmacht oder gar in den Kampf hineinträgt, spielt das Spiel der Unternehmer, die selbstverständlich mit einer gespaltenen Belegschaft tausendmal leichter fertig werden können, als mit einem im Kampf geeinten Proletariat.

Es gibt verschiedene Vorschläge der Kollegen und Kolleginnen, wie weiter vorzugehen ist:

* Betriebe besetzen.

* Bonn, Parlament und Regierungsviertel be-
setzen und lahmlegen, um die dortigen Volks-
vertreter einmal richtig am Schlafitt zu pak-
ken.

* Fernseh-, Radiosender und Zeitungsredaktio-
nen besetzen, damit dort nicht nur Lügen,
warme Worte und Drohungen gegen die Kämp-
fe in den Betrieben losgelassen werden, son-
dern auch einmal die Wahrheit gesagt wird.

* Sofortiger Gewerkschaftsausschuß von allen
Betriebsräten, die Entlassungen zustimmen.
(Z.B. vom Krupp-Betriebsratvorsitzenden Man-
fred Bruckschen, der im September dem soge-
nannten "Optimierungskonzept" zustimmte, das
- wie es so vornehm heißt - den "Abbau von
2000 Arbeitsplätzen" vorsah.)

* Mehrsprachige Betriebsversammlungen, um
die Kampffront zwischen den deutschen und
ausländischen Arbeitern zu stärken. Vollständi-
ge Gleichberechtigung! Laßt keinerlei Diskrimi-
nierung zu!



Aus den Betrieben selbst muss der Widerstand kommen!

* Nehmt selbst Kontakt zu anderen Betrieben auf, um sich im Kampf zusammenzuschließen.

* Nehmt Kontakt auf mit den Arbeitern anderer Länder (Großbritannien, USA, Frankreich, Belgien u.a.), die im Kampf gegen Massenentlassungen und Stillegungen wertvolle Erfahrungen gesammelt haben. Denn die internationale Einheit der Arbeiterklasse ist eine wirksame Waffe gegen das internationale Finanzkapital.

All diese Vorschläge müssen wie jeder andere Vorschlag auch geprüft werden, ob sie die Kampfkraft stärken oder schwächen.

Denn das ist es, wovor die hohen Herren Angst haben, was sie treffen wird: der entschlossene, solidarische und eigenständige Kampf gegen die Stillegungen und Massenentlassungen ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Gesetze und "Spielregeln". Das ist es auch, was die bezahlten Gewerkschaftsfürsten fürchten und warum sie die Politiker beschwören, doch einige Almosen und Abfindungen zu geben, damit es nicht zum "Flächenbrand" kommt. (ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies in der Tagesschau am 9.12.87)

Wenn die Kolleginnen und Kollegen bei ihrem Kampf gegen Massenentlassungen (die in vielen Betrieben schon traurige Wirklichkeit geworden sind), nicht nur streiken, sondern zu anderen radikalen Maßnahmen übergehen, und z.B. die Krupp-Zentrale heimsuchen; Brücken, Straßenkreuzungen besetzen und Straßensperren errichten, was passiert dann?!

* Für alle Fälle werden Polizei und Bundesgrenzschutz in Alarmbereitschaft versetzt, von der für die "innere Sicherheit" zuständigen Bundeswehr ganz zu schweigen. Sie sind die entscheidende Macht im Staat und sollen eingesetzt werden, wenn die Herrschaft des Finanzkapitals in irgendeiner Hinsicht angegriffen oder bedroht wird.

* Die Politiker, diese Werkzeuge des westdeutschen Imperialismus, tun alles, um eine "Radikalisierung" zu vermeiden. Demagogie und Heuchelei werden immer ekelhafter: Jedermann, von Kohl, Blüm über Bangemann bis Rau ist "natürlich" auf der "Seite der Kumpel". Ach, wie sehr sind alle "betroffen", diese verfluchten Polit-Profs, die Euch die Ohren voll schwätzen, wie leid es ihnen tue, daß Ihr bald arbeitslos werden sollt.

* Die DGB-Fürsten tauchen höchst persönlich auf. Ihre Stunde der Bewährung ist gekommen. Jetzt müssen sie zeigen, was sie können und für was sie bezahlt werden: Sprüche klopfen, sich radikal geben, um Sympathien zu gewinnen, die Führung der Kämpfe fest in der Hand zu behalten, die kämpfenden Kolleginnen und Kollegen richtig in den Griff zu bekommen, damit sie sich nur nicht radikal, entschlossen und selbständig zur Wehr setzen.

Und was hat man uns nicht alles zu bieten, was wird uns nicht alles vorgeschwätzt und eingehämmert, um von den wirklichen Ursachen der Massenarbeitslosigkeit abzulenken und unseren Kampf in ein falsches Fahrwasser zu bringen:

Gemäß dem Motto "Deutschland, Deutschland über alles!" soll den Kollegen und Kolleginnen eingeredet werden, es ginge um deutsche Kohle und deutschen Stahl und die EG sei schuld, wenn aufgrund der Quotenregelung hier nur eingeschränkt Stahl produziert werden dürfe.

Abgesehen davon, daß das westdeutsche Kapital innerhalb der EG ohnehin die erste Geige spielt, daß also die EG gerade auch für die westdeutschen Imperialisten immer mehr ein Instrument wird, um ihre Vorherrschaft gegenüber den anderen europäischen Imperialisten abzusichern und auszubauen, muß man doch all diese falschen Freunde fragen:

Wem gehören denn die "deutsche" Kohle und der "deutsche" Stahl? Es sind doch die Großfinanziers, die sich die Profite aus unserer Arbeit aneignen. Und kann es denn in unserem Interesse sein, wenn wir uns um das Wohl unserer Ausbeuter sorgen? Geht es uns denn gut, wenn es unseren Ausbeutern gut geht? Die Maxhütte, Rheinhausen, Hattingen zeigen doch gerade: Geht es den Kapitalisten gut, werden Ausbeutung und Arbeitsetze noch schärfer, die Rationalisierungen werden vorangetrieben, auf unserem Buckel werden Belegschaften dezimiert. Geraten die Kapitalisten in Schwierigkeiten, wird Konkurs angemeldet, die "Verluste" werden auf uns abgewälzt, ganze Fabriken werden geschlossen, damit die Kapitalisten kurzerhand woanders ihr Kapital gewinnbringend anlegen können.

Von diesem unversöhnlichen Klassengegensatz wollen all diese Leute ablenken, sie wollen ihn vertuschen, wenn sie, wie früher die Nazis, ins Horn von den "deutschen Interessen" stoßen. So wird von der SPD, von Gewerkschaftsführern und auch von verschiedenen Politikern der GRÜNEN in die kämpferische Bewegung gegen die drohende Massenarbeitslosigkeit - mehr oder minder offen - der gefährliche Unsinn hineingetragen, als ginge es bei diesem Kampf um die "Belange der Nation", "um Deutschland" u.ä.

Von der DKP, den GRÜNEN, Gewerkschaftern und anderen wird eine "Verstaatlichung" der Stahlindustrie gefordert. Doch eine etwaige Verstaatlichung ist keine Rettung, solange der Kapitalismus das herrschende Gesellschaftssystem ist, weil der heutige Staat dem Finanzkapital untergeordnet, sein Werkzeug ist. Das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre z.B. in Großbritannien. Die Verstaatlichung des

Kohlebergbaus dort war kein Hindernis, um Hunderttausende Kumpel in den letzten Jahren auf die Straße zu setzen. Oder nehmen wir das Beispiel Österreichs. Gerade die "Verstaatlichten" betreiben zur Zeit Massenentlassungen in einem noch nie dagewesenen Umfang, bauen Lohn- und Sozialleistungen ab u.a.m.

Mit all diesen und sonstigen Erklärungen und Rezepten soll um eine Sache herumgedeutet werden, soll folgendes verschleiert werden:

- Die Ursache von Arbeitslosigkeit, die Ursache auch der drohenden Massenarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet ist nicht ein Fehler des Politikers X oder des Aufsichtsratsvorsitzenden Y. Die Ursache der Arbeitslosigkeit liegt im Kapitalistischen System selbst, in dem Profitmacherei oberstes Gesetz ist, dem alles untergeordnet wird.

Denn in dieser angeblich "sozialen Marktwirtschaft", in dieser in Wahrheit gnadenlosen kapitalistischen Gesellschaft sind nicht die arbeitenden Menschen Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Entscheidungen. Nein, im Gegenteil! Hier wird über und gegen sie entschieden, nach einem Kriterium, so als ob es sich um Maschinen handeln würde:

- Bringt ihr Einsatz Profit? Bringt er Maximalprofit? Wenn ja, dann ist es gut. Bringen sie keinen Profit, dann werden sie massenhaft entlassen!

Im Kapitalismus geht es brutal und skrupellos zu. Das zeigt sich tagtäglich trotz gegenteiliger Beteuerungen der bürgerlichen Politiker, der Gewerkschaftsbonzen, die alle im Fernsehen und im Radio Krökodilstränen vergießen. Das zeigt sich nicht nur in Westdeutschland, in Rheinhausen und Hattingen, in Peine-Salzgitter, bei der Maxhütte, bei Saarstahl, bei Klöckner/Bremen, der Georgsmarienhütte in Osnabrück und anderswo. Das zeigt sich ebenso in anderen Ländern, in Großbritannien, im französischen Lothringen, in Belgien, in Österreich oder in Südkorea, Südafrika etc..

Die sogenannte "freie Marktwirtschaft" ist in Wahrheit nichts als eine Lüge, die den Kampf vertuschen soll, den die Monopole mit allen Mitteln auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der anderen Werktagen austragen, um ihre Konkurrenten niederzuringen. Die geplante Zusammenarbeit der Konzerne Krupp, Thyssen und Mannesmann in Duisburg ist notwendiger Ausdruck des imperialistischen Systems, dient dem weltweiten Kampf um Maximalprofit, und

ÜBER DIE GRÜNDE, WARUM DIE DGB-FÜRSTEN NOTORISCHE FEINDE JEDER KLASSENKÄMPFERISCHEN ARBEITERBEWEGUNG SIND

Nicht erst seit heute verschachern die Führer der IG Metall genau wie die Führer anderer Gewerkschaften des DGB die Arbeiterinteressen in "zähen Verhandlungen", "konzertierte Aktionen", "Optimierungskonzepten" an die Kapitalisten. So gab es im Oktober 1987 Verhandlungen zwischen der Bundesregierung, den Stahlkonzernen, der IG Metall und der DAG. Herauskam eine Einigung über Massenentlassungen von 34 000 Stahlarbeitern, natürlich verschleiert durch angebliche "Arbeitsplatzgarantien bis Ende 1989", "soziale Flankierungen" u.a.m., womit die Gewerkschaftsführer meinen, ihren Verrat den Arbeitern und Arbeitern besser verkaufen zu können.

Solche Schachereien ebenso wie ihre Abwiegelei bei Arbeitskämpfen u.ä. bringen die DGB-Führer immer mehr in Verruf und stoßen bei den kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse auf offene Feindschaft. Woraus erklären sich diese niedrigrächtigen Verrätereien dieser angeblichen "Arbeitervertreter"? Keinesfalls einfach aus sicherlich auch reichlich vorhandener Charakterlosigkeit, aus Karrierismus oder anderen ekelregenden Eigenschaften. Die Gründe liegen tiefer. Bei genauer Betrachtung des Gesellschaftssystems in Westdeutschland zeigt sich, daß ein wesentlicher Zug die Ausbeutung der Völker anderer Länder ist. Durch diese imperialistische Ausbeutung - z.B. in sogenannten "Billiglohnländern" - wird ein Extraprofit erzielt. Lenin erklärte uns, wozu die Imperialisten diesen Extraprofit unter anderem verwenden:

- ★ "Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen EXTRAPROFIT (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres 'eigenen' Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen kann. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der 'fortgeschrittenen' Länder bestochen - durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte. Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der 'Arbeiteraristokratie' (ist) in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspielt... sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labour lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schermacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl ★ unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie". (LENIN, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1920, LW 22, S.198).

Die DGB-Führer sind ein sehr wichtiger Teil und stehen mit an der Spitze dieser Schicht der Arbeiteraristokratie.

deshalb soll Rheinhausen, geht es nach dem Willen dieser Leute, fallen. Die Ruinierung riesiger Industriebetriebe durch andere, noch größere im eigenen Land oder in anderen Ländern im Kampf um immer gigantischere Profite und damit einhergehend Arbeitslosigkeit und Elend für die Massen - das ist Ausdruck des völligen Widersinns dieses kapitalistischen Systems, das gestürzt werden muß.

- Arbeitslosigkeit, Betriebsstilllegungen, Rationalisierungen auf Kosten der Werktätigen, Lohnkürzungen, Ausbeutung und Unterdrückung wird es geben, solange es Kapitalismus gibt. Darüber muß man sich bewußt sein. Wenn der eine Kampf Erfolg hat, muß man schon wieder in den Startlöchern für den nächsten Kampf stehen. Je härter, geeinter und entschlossener dieser Kampf geführt wird, um so besser, um so erfolgversprechender. Doch der notwendige Abwehrkampf gegen all diese Übel kann nur etwas an den Auswirkungen des kapitalistischen Systems ändern, nichts aber am System selbst.

In diesen Auseinandersetzungen kann einiges klar werden, was für die weiteren Kämpfe (die ökonomischen, die politischen und vor allem für den KAMPF UM DEN STURZ DER KAPITALISTENKLASSE UND DIE POLITISCHE MACHT) ausschlaggebend ist: Klarheit darüber, wie dieses Gesellschaftssystem in Wirklichkeit funktioniert, das Massenarbeitslosigkeit, Krisen und Elend für diejenigen bringt, die alle Werte schaffen; Klarheit über die schändige Rolle der Bonner Parteien und ihre Politiker; Klarheit über die Funktion der Ge-

werkschaftsführung; darüber, wozu eigentlich Polizei, Bundeswehr und das "Gewaltmonopol" des Staates da sind.

Diese Kämpfe sind auch der richtige Rahmen, um folgendes zu diskutieren:

Wenn der Kapitalismus als System wirklich verrottet, verfault, tausendfach verflucht, überfällig ist und gestürzt werden muß, wie, mit wem macht man das? Ja, das heißt Revolution und Bürgerkrieg. Aber was tun, da Bundeswehr und Polizei, Bundesgrenzschutz und solche Elitetruppen des Kapitals wie die GSG 9 ganz sicherlich auf den Plan treten?

Und vor allem: Was ist die Alternative? Gorbatjows "Sozialismus", wo die Arbeiterklasse auch nichts zu sagen hat, und sich das ganze Wirtschaftssystem heute immer unverhüllter als Profitssystem mit all seinen übeln Folgen entpuppt?

Wie kann man gewährleisten, daß nach der Revolution die Diktatur des Proletariats, eine wirklich sozialistische Demokratie für die Arbeiterinnen und Arbeiter, für die Massen der Ausgebeuteten und Werktätigen entsteht, und die ehemaligen Ausbeuter, die Anhänger des alten kapitalistischen Systems und seine Kreaturen, die Reaktionäre, Kriegshetzer und Faschisten unterdrückt werden, damit sie nicht mehr hoch kommen?

Wie funktioniert eine sozialistische Planwirtschaft? Wie wird verhindert, daß nicht eine kleine Clique von Bürokraten, die sich "Sozialisten" oder "Kommunisten" nennen, für

EINE BERECHTIGTE KRITIK

Die in dem folgenden Leserbrief vorgebrachte Kritik ist richtig, und wir haben daher auch in unserer 2. Ausgabe des Flugblatts "Der Kapitalismus muß gestürzt werden!" die entsprechende Stelle geändert. In dem Leserbrief heißt es:

Liebe Freunde!

Insgesamt hat mir Euer Flugblatt "Der Kapitalismus muß gestürzt werden!" nicht schlecht gefallen. Allerdings bin ich über eine Stelle gestolpert, die ich kritisiere. Auf der S.2 in der mittleren Spalte unten heißt es: "Kampf um den Sturz des Kapitalismus und die politische Macht im Staat".

Es darf meiner Meinung nach nicht so herauskommen, daß in diesem Staat die politische Macht erobert werden müßte. Das halte ich für falsch. Der Kapitalismus kann doch gar nicht wirklich gestürzt werden, solange dieser Staat bestehen bleibt. Denn er schützt doch mit seinem ganzen Apparat, mit Militär und Polizei bis hin zu Gerichten und Verwaltungen die westdeutsche Kapitalistenklasse. Soll also diese Kapitalistenklasse enteignet werden, so muß ja wohl auch dieser ganze Apparat zerschlagen werden. Wenn sich die Arbeiterklasse zur Vorbereitung und Durchführung der Revolution zusammengeschlossen und organisiert hat, dann erkämpfen sie doch nicht nur die "politische Macht im Staat", sie müssen doch nach der Zerschlagung des kapitalistischen Staates einen ganz und gar neuen, proletarischen Staat aufbauen.

Mit revolutionären Grüßen! Ma.

15. 1.88

die Interessen einer kleinen privilegierten Schicht plant, sondern daß wirklich von den Werktägern für die Werktägten geplant wird?

Welche Rolle muß bei all dem eine wirkliche Arbeiterpartei, eine kommunistische Partei spielen?

Das sind die auf lange Sicht entscheidenden Fragen, die gestellt, diskutiert und beantwortet werden müssen, wenn die kämpferische Kraft der Arbeiterbewegung heute nicht nur kurz aufflammen und dann wieder von den berufsmäßigen Abwieglern eingeschläfert und fertiggemacht, sondern für die kommenden Kämpfe wachsen und stärker werden soll.

Arbeiterinnen und Arbeiter!

Mit Betteln und Bitten, mit blindem Vertrauen in die Gewerkschaftsführung, mit blindem Vertrauen in den Stimmzettel und die SPD, mit rein legalen und "feinen" Methoden, mit all diesem Krampf kommen wir nicht weiter, werden wir fertiggemacht und erledigt.

Das Gebot der Stunde ist der harte, radikale Kampf, sind eigenständige Organisationsformen, ist die weitergehende Auseinandersetzung über die Grundfragen dieser Gesellschaftsordnung.

(2. verbesserte Auflage, 18.1.88)

Weitere Veröffentlichungen von GEGEN DIE STRÖMUNG:

- "KARL MARX, vernichtende Kritik des Kapitalismus..." (GDS-Nr.32, Mai 1983, 2 DM)
- "Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ES KANN DIE BEFREIUNG DER ARBEITER NUR DAS WERK DER ARBEITER SEIN!" (kostenloses Flugblatt, Mai 1984)
- "Zum §116: Die Ausbeuter ziehen die Ketten enger. Kämpfen wir dagegen! DIE ARBEITERKLASSE HAT NICHTS ZU VERLIEREN ALS IHRE KETTEN" (kostenloses Flugblatt, März 1986)

Zu bestellen bei:

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

ÖFFNUNGSZEITEN:

Montag - Freitag: 15.30-18.30 Uhr

Samstag: 9-14 Uhr

Dienstag geschlossen

FRANKFURT (GALLUSVIERTEL), KOBLENZER STR.4

Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin in: Deutsch, Farsi, Englisch, Türkisch, Spanisch, Französisch, Griechisch, Albanisch, Arabisch

Schriften des Kommunismus, der Komintern in verschiedenen Sprachen

Antikolonialistische und antifaschistische Schriften besonders über den westdeutschen Imperialismus

Veröffentlichungen von ROTE FAHNE (MLPD), WESTBERLINER KOMMUNIST, GDS

Die MARXISTISCH-LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE wird in Zusammenarbeit der marxistisch-leninistischen Organe

- "ROTE FAHNE" (Österreich)
- "GEGEN DIE STRÖMUNG" (Westdeutschland)
- "WESTBERLINER KOMMUNIST" (Westberlin)

zusammengestellt und herausgegeben.

MÄRKLISCH-LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE

W.I. LENIN - J.W. STALIN

ÜBER

DIE ARBEITERARISTOKRATIE

- Über die ökonomischen Wurzeln der Arbeiteraristokratie und die Rolle der Arbeiteraristokratie als materielle Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung
- Über die politischen, ökonomischen, ideologischen Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder gegenüber den werktätigen Menschen der abhängiger Länder
- Über die materielle Basis des Chauvinismus gegenüber den ausländischen Arbeitern und den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Länder
- Über die Notwendigkeit für die marxistisch-leninistische Partei, sich durch Säuberung von opportunistischen Elementen zu stärken

Anhang

K.MARX - F.ENVELS

über

Die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Solidarität mit dem Kampf aller von Massenentlassungen betroffenen Kolleginnen und Kollegen!

KANN EINE "VERSTAATLICHUNG" DIE KRISE IN DER STAHLINDUSTRIE UND ANDERSWO LÖSEN?

Dieser Staat ist nicht unser Staat!

Die Arbeiter der Stahlindustrie kämpfen mutig mit Streiks, Demonstrationen und Blockaden um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, im Augenblick vor allem bei Krupp in Rheinhausen und in der Maxhütte in der Oberpfalz, so wie schon zuvor die Belegschaften von Hattingen, der Bremer Werften, der Betriebe im Saarland usw.

Klar dabei ist: Dieser Kampf ist richtig und notwendig, denn wenn nicht gekämpft wird, bekommen die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht viel mehr als Almosen. Sie werden auf die Straße gesetzt, ohne daß die Kapitalisten auch nur mit der Wimper zucken.

Bei diesem gerechten Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze stellen sich immer wieder alle möglichen berufsmäßigen Abwiegler vor die Arbeiterinnen und Arbeiter hin und zaubern allerlei "Pläne", "Alternativen", "Lösungen" hervor, um falsche Hoffnungen zu wecken und den Kampf in falsche Bahnen zu lenken.

Eine dieser angepriesenen "Lösungen" ist die "Verstaatlichung", die immer öfter als angebliches Heilmittel gegen Entlassungen verkauft wird. So wird z.B. auf die Verfassung von Nordrhein-Westfalen verwiesen, in der eine solche Möglichkeit vorgesehen sei, und darauf, daß der Staat doch ein Staat sei, der "für seine Bürger sorgen" müsse. Das "private Kapital" sei skrupellos und müßte auf niemanden Rücksicht nehmen, der Staat jedoch wäre "sozial", ein "Rechtsstaat" usw. Auch die IG Metall fordert ähnliches seit 1985 z.B. in ihrem "Stahlpolitischen Programm". Dort ist zwar die Rede von einer "Vergesellschaftung", die, schaut man sich die Sache aber genauer an, auf nichts anderes hinausläuft als auf eine "Verstaatlichung". Wie Janßen und Mattfeld im §1 ihres jüngsten Initiativpapiers zur "Vergesellschaftung der Stahlindustrie" geschrieben haben, soll die "eisen- und stahlerzeugende Industrie in NRW...in das Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeineigentüm) übergeführt" werden.

Eins kann nicht völlig ausgeschlossen werden, wenngleich es im Moment nicht danach aussieht: Unter dem zunehmenden Druck der Arbeiterinnen und Arbeiter, die von Massenentlassungen bedroht sind, könnte das Monopolkapital diese oder jene staatliche oder halbstaat-

liche Lösung ernsthaft in Erwägung ziehen, um den Kampf möglichst zum Stillstand zu bringen.

Wenn durch eine solche Maßnahme etwa in Rheinhausen für einige Zeit die Arbeitsplätze erhalten, die Lebenslage der von Massenentlassungen Bedrohten nicht verschlechtert, sondern sogar kurzfristig verbessert werden sollte, wäre dies natürlich ein gewisser, zeitweiliger Erfolg, so wie es auch ein gewisser Erfolg wäre, wenn ein anderer Großkonzern sich zu einer Übernahme; durch die die Arbeitsplätze erhalten würden, entschlösse.

Viel wahrscheinlicher ist allerdings - und das entspricht auch allen Erfahrungen -, daß nach einer Verstaatlichung die neuen Chefs ebenfalls Entlassungen durchführen.

Vielleicht am bekanntesten sind die Erfahrungen mit der Bergbauindustrie in Großbritannien und der VOEST in Österreich und auch hier in Westdeutschland mit den durchgeführten und geplanten Massenentlassungen bei der Bundesbahn. Die dortigen Verstaatlichungen, bzw. das Staatseigentum haben beileibe nicht dazu beigetragen, daß die Arbeiter mehr Sicherheit in Hinblick auf ihre Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen hatten. Ganz im Gegenteil. Massenentlassungen, Lohndrückerei und Antreiberei wurden immer massiver. Hierbei wurden zudem andere Teile der werktätigen Bevölkerung damit aufgehetzt, daß angeblich der Steuerzahler für die verstaatlichten Betriebe Geld berappen mußte, daß in diesen verstaatlichten Betrieben die Schmarotzer säßen, die jetzt endlich einmal auf Vordermann gebracht werden mußten usw. usf.

"Das ist ja gerade der wunde Punkt, daß, solange die **BESITZENDEN KLASSEN AM RUDER** bleiben, jede **VERSTAATLICHUNG** nicht eine Abschaffung, sondern nur eine **FORMVERÄNDERUNG DER AUSBEUTUNG** ist."

(Engels an Max Oppenheim, 24.3.1891,
Marx-Engels-Werke Bd.38, S. 64.)

ILLUSIONEN WERDEN GESCHÜRT

Wenn wir heute der Propaganda für eine wie auch immer geartete Verstaatlichung entgegentreten, dann gerade wegen der gefährlichen Illusion, die die verschiedenen Verfechter der "Verstaatlichung" mit dieser Forderung schüren wollen. Es sollen nämlich die Illusionen geweckt werden,

- * als ob so die Wirtschaftskrise besiegt werden könnte;
- * als ob etwas am kapitalistischen Profitsystem geändert werden könnte;
- * als ob dieser Staat ein Staat im Interesse der Mehrheit der Werktätigen sei;
- * als ob friedlich auf dem Weg der Reform der Charakter dieses Staates als Werkzeug des westdeutschen Imperialismus geändert werden könnte.

Darin liegt die hauptsächliche Gefahr bei dem ganzen Getöse über die Verstaatlichung.

★ Egal, ob Betriebe verstaatlicht oder sogenannte "private" Betriebe sind, am Wesen der Sache ändert sich nichts, denn in dieser Gesellschaftsordnung herrscht das Finanzkapital, regieren die Prinzipien des Kapitalismus, des Profits, der Ausbeutung. Hier wird nach sogenannten "betriebswirtschaftlichen" Gesichtspunkten verfahren, was im Kapitalismus bedeutet: Massenentlassungen, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit, verstärkte Ausbeutung, weil es den Interessen der Profitmaximierung dient.

Wer für eine Verstaatlichung eintritt, muß sich eine entscheidende Frage gefallen lassen: Welchen Charakter hat der heutige Staat in Westdeutschland, was ist seine eigentliche Aufgabe

und wessen Werkzeug ist er? Das klarzustellen ist nicht nur für die Beurteilung der Forderung nach Verstaatlichung, sondern überhaupt für den Kampf der Arbeiterklasse eine zentrale Frage. Ist dieser Staat "unser" Staat oder können wir ihn nicht zumindest dahin verwandeln?

IM KAPITALISTISCHEN SYSTEM HERRSCHT DIE DIKTATUR DER BOURGEOISIE

Das kapitalistische System ist nicht nur ein wirtschaftliches System, in dem die Arbeiter gezwungen werden, ihre Arbeitskraft als Ware an die Besitzer der Fabriken zu verkaufen und sich damit ausbeuten zu lassen. Es ist nicht nur ein System, in dem nach dem Prinzip des Profits die arbeitenden Massen ausgebeutet und auf die Straße geworfen werden.

★ Nein, untrennbar zu diesem Wirtschaftssystem gehört auch, daß - trotz aller Phrasen von parlamentarischer Demokratie - dieser Staat der Staat der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, in erster Linie des Monopolkapitals, ist und als Werkzeug vor allem zur Unterdrückung der werktätigen Massen, aber auch des Betrugs bereitsteht. Dieser Staat ist die Diktatur der Bourgeoisie, wo es in allen entscheidenden Fragen für die Arbeiterinnen und Arbeiter keine Demokratie gibt, schon gar nicht hinter dem Fabrikator.

Die Lüge, daß "dieser Staat unser Staat" sei, wird in zugespitzten Situationen leichter zu entlarven sein: Der Staat, das ist vor allem die Armee, die Polizei, die Gefängnisse, die Justiz. Wenn die Lage zugespitzt und bedrohlich wird: Auf welcher Seite werden wohl die GSG 9, der Bundesgrenzschutz, die Masse der Polizei und der Bundeswehr stehen? Auf der

DAS MÄRCHEN VON DER "VERGESELLSCHAFTUNG" IM KAPITALISMUS

Es gibt auch Stimmen, die sich gegen eine Verstaatlichung wenden, einer "Vergesellschaftung" des Wort reden und großen Wert darauf legen, das eine von dem anderen zu unterscheiden. Verstaatlichung bedeute, so etwa Teile der GRÜNEN usw., daß die Betriebe in die Hände des Staates gelegt werden, darüber hätte man doch gar keine Illusionen. Vergesellschaftung hingegen bedeute, daß die Industrie in die Hände der Arbeiter gelegt werde, und das sei die einzige Rettung. (Im Grunde meinen sie damit die Bildung von Arbeitergenossenschaften).

Selbst wenn ein bestimmter Betrieb unter Leitung der dort beschäftigten Arbeiter geführt würde, so kann er ebensowenig wie bei der Verstaatlichung aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung "heraushüpfen", sondern ist ihren Gesetzen untergeordnet. Und wenn dieser Betrieb nicht profitabel arbeitet, nicht konkurrenzfähig ist, wird er eingehen, bzw. werden Entlassungen, Rationalisierungen usw. usf. über kurz oder lang vorgenommen werden müssen. Und der Kampf gegen eine solche Verschlechterung der Lebenslage wird dann auch noch häufig genug gebremst mit dem Hinweis: "Dann kämpft Ihr gegen Euren Betrieb!"

Also selbst wenn die Arbeiter in einem derart "vergesellschafteten Betrieb" anderen Interessen als dem Profitinteresse verpflichtet sein wollen, werden sie das auf Dauer nicht durchhalten können, solange das System des Kapitalismus existiert.

Seite der Kapitalisten gegen die Arbeiter oder auf der Seite der Arbeiter gegen die Kapitalisten? Es genügt, diese Frage aufzuwerfen und zu durchdenken, um die klare, durch die ganze Geschichte der Kämpfe der Arbeiterklasse aller Länder bestätigte Antwort zu erhalten: auf der Seite des Kapitals!

Ein Einwand liegt in der Luft: Der Staat, das ist doch vor allem das durch "freie Wahlen" entstandene demokratische Parlament und die Regierung. Doch das ist nur der Schein, und der Schein trügt und betrügt. Einmal angenommen, eine Mehrheit im Parlament würde wirklich einmal Anstalten machen, gegen das Kapital vorzugehen, einmal angenommen, es bestünde die Gefahr, daß die mit riesigen Summen bezahlten bürgerlichen Politiker keinen Fuß mehr auf den Boden bekämen - das letzte Stündlein des "Hohen Hauses" hätte geschlagen. So lange würde das Kapital noch nicht einmal warten. Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat hier eine wichtige, harte Erfahrung mit dem Nazi-Regime gemacht, als Krupp, Thyssen, Flick, das deutsche Monopolkapital sich durch die anwachsende kommunistisch orientierte Arbeiterbewegung gefährdet sahen und der Nazi-Partei die Regierung übertrugen. Oder denken wir an den Militärputsch in Chile. Diese und andere Erfahrungen zeigen:

WENN SICH DIE IMPERIALISTEN BEDROHT SEHEN, REGIEREN UNVERHÜLLT UND OFFEN DIE GEWEHRE UND PANZER, DAS MILITÄR

In Wahrheit haben die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem kapitalistischen Staat und in diesem Wirtschaftssystem nichts zu bestimmen. Durch ihren gerechten Kampf können sie nur die Abwärtsbewegung ihrer Lebenslage verlangsamen und nichts wirklich grundlegend ändern, - es sei denn, sie führen den Kampf zum Sturz dieses Systems und zur Zerschlagung seines Staates.

Genauso wie ein einzelner Betrieb nicht aus dem Wirtschaftssystem des Kapitalismus ausbrechen kann, genauso wenig kann dieser Staat stückchenweise geändert werden, so daß plötzlich ein anderer, gar ein Staat der Werktätigen daraus werden könnte, wie die DKP das z.B. verbreitet.

Für den Kampf auf lange Sicht ist wesentlich zu erkennen: Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln beruht, hat sich tausendfach als völlig verfault erwiesen. Die Herrschaft des Kapitals mit seinem Drang nach weltweitem Profit und nach Weltherrschaft birgt zudem die Gefahr von Raubkriegen in sich wie die Wolke den Regen. Daher

darf das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht länger in der Hand einer Minderheit, der Ausbeutern liegen. Vielmehr muß das Monopolkapital enteignet werden, müssen die Produktionsmittel in die Hand der arbeitenden Bevölkerung gelegt, muß das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln verwirklicht werden.

- ★ Voraussetzung dafür ist aber, daß das ganze
- ★ alte Gebäude des Staates als Machtinstrument des Kapitals völlig von oben bis unten
- ★ zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichtet wird.
- ★

KEINE FREIHEIT FÜR DIE KRUPPS, ABS, THYSSENS UND IHRE ANHÄNGER

Im Kampf mit den Mächten des Kapitals wird die Arbeiterbewegung auf den Trümmern des alten Ausbeuterstaates einen anderen, neuen Staat errichten. Dieser Staat wird die heuchlerische bürgerliche Demokratie von heute durch eine völlig andere, die sozialistische Demokratie der breiten werktätigen Massen ersetzen.

Dieser Staat wird nur einer Minderheit gegenüber diktatorisch vorgehen: dem Kapital, den Reaktionären, den Feinden der Arbeiterbewegung gegenüber. Für Krupp, Abs, Thyssen - und wie sie auch immer heißen mögen - und ihre Anhänger wird es keine Freiheit geben, wenn die Masse der Werktätigen ihren Staat in einem sozialistischen Wirtschaftssystem aufbaut: einen Staat der sozialistischen Demokratie, in dem nicht nur Vertreter gewählt, sondern auch rechenschaftspflichtig sind und jederzeit abgewählt werden können; einen Staat, in dem die gewählten Vertreter nur Facharbeiterlohn erhalten und ständig kontrolliert werden, damit sie nicht aus Dienfern der arbeitenden Massen zu ihren neuen Herren emporwachsen können.

Das ist keine erfreuliche Perspektive für das Kapital. Es wird freiwillig keinen Millimeter zurückgehen. Die Kämpfe mit einer solchen Zielsetzung werden sich zuspitzen bis zur bewaffneten Revolution der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen die Bürgerkriegstruppen des Kapitals.

Es gilt, einem solchen Kampf nicht auszuweichen, sondern ihn vorzubereiten, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten mit wissenschaftlichen Argumenten von der Notwendigkeit dieses Kampfes zu überzeugen und sie für einen solchen Kampf und die Perspektive der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Demokratie, des Sozialismus und Kommunismus zu gewinnen.

All dies ist ohne eine auf wissenschaftlichem

Fundament gegründete, fest mit den Arbeitern und Arbeitern verbundene Partei, eine kommunistische Partei, nicht möglich. In enger Verbindung mit den Kämpfen der arbeitenden

Massen selbst muß eine solche Partei, die den Marxismus-Leninismus zur Richtschnur nimmt, planmäßig aufgebaut werden.

Februar 1988

WAS WILL DIE DKP?

Die DKP fordert wie schon früher so auch jetzt in den aktuellen Kämpfen die "Verstaatlichung". Sie redet von "antimonopolistischer Demokratie", möchte die "Konzerne an den Kragen packen" usw.

Gleichzeitig wird sie nicht müde, ihre Staatstreue zu beteuern. Sie verteidigt bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das Grundgesetz und wird meist erst richtig kämpferisch, wenn sie versucht, die Arbeiter gegen "Chaoten" aufzuhetzen oder wenn sie ausfallend wird gegen wirklich revolutionäre Kräfte, die die verlogene Propaganda der DKP aufs Korn nehmen.

Wer hier in Westdeutschland die Verstaatlichung als "Weg zum Sozialismus" preist, gleichzeitig aber immer wieder den reaktionären Charakter des westdeutschen Staates vertuscht, wer sogar wie die DKP ausdrücklich als Grundlage seiner Organisation das Bekenntnis zum Grundgesetz, also der Plattform dieses Kapitalistenstaates, festschreibt, der hat mit dem Kommunismus nichts im Sinn, der will nur Illusionen über diesen Ausbeuterstaat schaffen.

Wer gleichzeitig keine Gelegenheit verpaßt, Staaten wie die DDR, Polen, die Sowjetunion, sogar Afghanistan als Vorbild zu preisen und zu behaupten wagt, in diesen Staaten wären die Fabriken angeblich in den Händen der Arbeiterklasse, der will mit Lügen über die wahren Verhältnisse hinwegreden, der propagiert zugleich ein gefährliches Zerrbild des "Sozialismus".

Schon längst werden diese angeblich sozialistischen Staaten von einer neuen Ausbeuterklasse beherrscht und kontrolliert, die auch in den Staatsbetrieben das Kommando ausübt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben weder in den Fabriken etwas zu bestimmen, noch dürfen sie die Politik des Staates auch nur kritisieren, geschweige denn festlegen und kontrollieren. Auch in diesen Ländern herrscht - so wie hier - eine Minderheit über die große Mehrheit, die ausgebeutet und unterdrückt wird. Das ist alles andere als eine "Arbeitermacht", als eine "Diktatur des Proletariats"! Und Politikern wie Gorbatschow liegt auch nichts ferner, als daran etwas zu ändern. Alles was er will, ist eine größere Angleichung an die Verhältnisse in den Ländern des Imperialismus, was er dann auch noch mit großem Rummel als "Demokratisierung" verkauft.

Das war in der DDR und in der Sowjetunion nicht immer so. Aber alle hämischen und enttäuschten Hinweise des "Scheiterns" und des "Mißerfolges des Sozialismus" mit Blick auf die DDR, Polen, Sowjetunion usw. sind kein Beweis dafür, daß die Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin angeblich gescheitert sei. Ganz im Gegenteil können uns die Erfahrungen dieser Länder zeigen, daß die revolutionären Lehren des Weltproletariats in diesen Ländern verraten wurden und daß dieser Verrat erst zum Scheitern führte.

Rheinhausen und der DGB

Der Kampf in Rheinhausen ist eine der wichtigsten Auseinandersetzungen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten. Im Kampf in Rheinhausen wird die Stärke einer sich entfaltenden Arbeiterbewegung sichtbar, die die Legalität nicht sklavisch anbetet. In diesen Kämpfen werden auch Illusionen zerstört. Das ist gut so, oft aber auch sehr schmerhaft. Illusionen über diesen Staat, dieses Wirtschaftssystem, über Politiker und die DGB-Führer, aber auch über den gegenwärtigen Zustand der Arbeiterbewegung. Denn auch die Schwäche der Arbeiterbewegung in Westdeutschland wird angesichts der harten Kämpfe in Rheinhausen sichtbar. Darüber können großmäulige Phrasen vielleicht ein paar Stunden hinwegtäuschen. Doch dann steht da die harte Realität:

Über zweieinhalb Millionen Arbeitslose im Hintergrund des Kampfes von 5000-6000 Arbeitern von Krupp Duisburg-Rheinhausen. Und es gibt sie, die Angst der Belegschaften der anderen Stahlbetriebe, die im Moment noch nicht plattgemacht werden und die hoffen, daß "der Kelch an ihnen vorübergeht". Dort herrscht, so wie in fast allen Betrieben in Westdeutschland, anstelle der aktiven kämpferischen Solidarität die Angst um den eigenen Arbeitsplatz vor.

- ★ Umso beeindruckender sind die Aktionen
- ★ der 5000 - 6000 kämpferischen
- ★ Kolleginnen und Kollegen in Rheinhausen,
- ★ die nicht aufgeben und
- ★ weiterkämpfen, Aktionen überlegen, um
- ★ die Solidarität auszudehnen, und ihre eigene Angst zu überwinden gelernt haben.

Denn auch sie hatten und haben Angst. Angst um ihren Arbeitsplatz und die Zukunft ihrer Familien, Angst vor der Situation, am Schluß isoliert und alleine dazustehen, hämisch bespöttelt und diffamiert. Denn das Kapital, gegen das sie ankämpfen, ist ein mächtiger Feind, der warten kann, der sich übermäßig darstellt, so als ob er nur ein unüberwindbarer Koloß und nicht ein

Koloß auf tönernen Füßen wäre. Und das Kapital beschäftigt Manager, Profis der psychologischen Kriegsführung, Profis, die alle Erfahrungen auswerten, wie man rebellische Belegschaften doch noch kleinkriegen kann. Wie man sie spaltet, gegen die Kolleginnen und Kollegen der anderen Betriebe ausspielt. Wie man einige von ihnen kauft oder in die Knie zwingt, geschickt Peitsche mit Zuckerbrot kombiniert...

Und im Hintergrund drohend die geballte Macht des Staates, von dem die vielen in Rheinhausen vor einigen Monaten noch dachten - und etliche wohl auch heute noch: "Das müßte doch unser Staat sein."

Bei jeder neuen Aktion der Rheinhausener Arbeiter, wie vor kurzem bei der bewußten, kämpferischen Übertretung der Bannmeile des nordrheinwestfälischen Landtages in Düsseldorf, schwebt das Damoklesschwert über ihnen: Werden Polizei und Bundesgrenzschutz dieses Mal eingreifen? Denn die Aktionsformen werden sich - das weiß jeder - verschärfen.

Und so wachsen im Kampf in Rheinhausen Wut und Zweifel. Wut, ja Haß gegen die zynischen Phrasendrescher des Kapitals, die offen erklären, daß "in unserem Wirtschaftssystem" alles eben so ist, wie es ist: Ohne ausreichenden Profit wird dichtgemacht, ohne Rücksicht auf die arbeitenden Menschen.

Und es wächst der Zweifel: Können wir durchhalten, warum kämpfen andere, die morgen betroffen sind, nicht schon heute mit, warum haben wir den anderen früher,

"MAN MUSS DIESE VERSTEINERTEN VERHÄLTNISSE DADURCH ZUM TANZEN ZWINGEN, DAB MAN IHNEN IHRE EIGENE MELODIE VORSINGT!"

(Marx-Engels-Werke Bd. 1, S.381)

als es noch nicht uns selbst betroffen hatte, In Rheinhausen steht der DGB auf dem Prüfstand.

Was tut der DGB, »unsere« Gewerkschaft ?

Angesichts von vielfältigen Solidaritätsadressen von über 2000 Betrieben in Westdeutschland und enormen Geldspenden aus Sammlungen, aber fehlenden KAMPFAKTIONEN in anderen Betrieben verstärkt sich die Frage: Wozu haben wir eigentlich seit Jahren und Jahrzehnten Mitgliedsbeiträge bezahlt? Doch, um nicht alleine dazustehen, wenn es um Kampf geht, wenn es uns an den Kragen geht.

Nicht um die Frage zu entscheiden - um das gleich vorweg klarzustellen - wie er zu einer revolutionären, auf die Zerschlagung dieses Systems und seines Staatsapparates, seiner Armee gerichteten kommunistischen Arbeiterbewegung steht. Denn in dieser Hinsicht hat der DGB auf Kongressen und in Erklärungen ohne Wenn und Aber erklärt, daß er für die heutige Gesellschaftsordnung eintritt, für diesen Staat und für die Bundeswehr, von der Polizei ganz zu schweigen. Er hat das durch Gewerkschaftsausschlüsse gegen sogenannte "Linksradikale" in der Praxis unterstrichen. Nein, der DGB-Apparat ist in Bezug auf eine in der Zukunft liegende revolutionäre Entwicklung in

ÜBER EINIGE URSAECHEN, WARUM DIE DGB-FÜHRUNG UND DER DGB-APPARAT FEST IN DER HAND DES KAPITALS SIND

Die eigene Erfahrung zeigt, daß entgegen allen Erwartungen die ganze Macht des DGB-Apparates ganz und gar NICHT im Interesse des Arbeitskampfes entfaltet wird. Im Gegenteil. Aber WARUM ist das so? Kann dies nicht geändert werden? Liegt es daran, daß charakterlose Personen an der Spitze stehen? Müßte man nur andere Personen hinstellen?

Nein, die Dinge haben tiefere Ursachen. Seit den Anfängen der Arbeiterbewegung und der Schaffung eigener Arbeiterorganisationen, der Schaffung von Gewerkschaften bemüht sich das Kapital, innerhalb dieser Gewerkschaften auch "seine Leute" einzusetzen, womöglich an der Spitze. War das zunächst in der Zeitspanne des aufsteigenden Kapitalismus bis zur Jahrhundertwende nur in geringerem Umfang möglich, so eröffnet die seit dieser Jahrhundertwende entstandene Epoche des IMPERIALISMUS dem Kapital dafür ganz andere Möglichkeiten: Nicht nur Profit aus der Ausbeutung der "eigenen" Arbeiter, nein, aus den gigantischen Ausbeutungsmöglichkeiten ANDERER Völker ergibt sich die Möglichkeit, EXTRAPROFITE in vorher nicht bekannten Ausmaßen herauszupressen.

Ein Teil davon konnte nun dafür verwendet werden, nicht nur einzelne Personen, sondern eine ganze, nicht unerhebliche Schicht der Arbeiterschaft, vor allem die "Aufseher" und "Unteroffiziere" in den Betrieben, aber auch Teile der besser qualifizierten Arbeiter deutlich von den untersten Schichten der Arbeiter abzugrenzen, sie zu bevorzugen und mehr oder minder unmerklich an sich zu binden, zu kaufen. Und aus diesen Reihen bildeten sich auch im Rahmen der Gewerkschaften BÜROKRATEN (ein von ihnen geleiteter Apparat) heraus, die in engster Absprache und auf ständigen Konferenzen, heute auch im Rahmen von Aufsichtsräten usw. immer fester an das Kapital und seine Interessen gebunden, immer klarer direkt bestochen und gekauft wurden.

Der DGB-Apparat wurde nach 1945 ganz planmäßig zu einer solchen Organisation in den Händen des Kapitals aufgebaut und an sämtlichen Aufbau- und Ausbauplänen des westdeutschen Imperialismus, von der Wiederbewaffnung bis zur Rehabilitierung der Alt-Nazis, beteiligt.

Die Lösung von der EINHEIT DER ARBEITERSCHAFT muß in unserer heutigen Epoche des Imperialismus eine Einheit ohne und GEGEN diese Schicht der ARBEITERARISTOKRATIE sein. Es muß eine Einheit der untersten Schichten der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Arbeiterinnen und Arbeiter ALLER Länder gegen das System des Imperialismus in der ganzen Welt sein.

noch viel größerem Umfang eine Waffe der Konterrevolution, ein Mittel, revolutionäre Arbeiter auszuspionieren und zu denunzieren, auszuschließen, dem Kapital für Entlassungen und dem Staat für Gefängnisstrafen etc. freie Hand zu geben.

Das zeigt die ganze Geschichte des DGB seit seiner Gründung. Einen "Generalstreik" gab es: Als der Arbeitgeberpräsident und altgediente SS-Mann Schleyer von der RAF erschossen wurde, da - und nicht wenn ein Arbeiter von der Polizei oder den Nazis umgebracht wird, nicht wenn ein Betrieb plattgemacht wird - ruhte als Akt der Treue zu diesem kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückersystem für einige Minuten die Arbeit in den Betrieben Westdeutschlands.

Aber seien wir ehrlich: Diese auf lange Sicht, in der Perspektive sogar entscheidende Frage der hauptsächlichen Aufgaben des DGB-Apparates und seiner Führung ist heute, im Jahre 1988, für die übergroße Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen nicht entscheidend. Für sie ist im Augenblick ausschlaggebend: Was machen die DGB-, die IG Metall-Führer heute im Tageskampf in Rheinhausen und anderswo, wenn dort Fabriken einfach dichtgemacht werden?

Und trotz einer Fülle negativer Erfahrungen mit dem DGB-Apparat und den Steinkühlern denken viele: "Es kann doch nicht wahr sein, daß 'unsere' eigene Gewerkschaft uns im Kampf in den Rücken fällt. Die Gewerkschaft, das sind doch nicht nur hochkarätige, hochbezahlte Gewerkschaftsfunktionäre, das sind doch Millionen von Mitgliedern."

Das ist wahr.

Und das muß bedacht werden, denn bei der notwendigen, auch rücksichtslosen Kritik an den Handlungen der DGB-Führer und des DGB-Apparates, darf auf keinen Fall herauskommen, als ob man die große Mehrheit der Mitglieder gleichsetzt mit dem DGB-Apparat. Das könnte den DGB-Führern so passen.

Aber es muß eine zusätzliche Frage erlaubt sein: Was haben die Millionen von Mitgliedern wirklich im DGB zu sagen? Kaum etwas, vor allem nichts Entscheidendes.

4000 VERTRAUENSLEUTE FÜR URABSTIMMUNG - DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG DAGEGEN

Es gibt ein Beispiel, das ist so deutlich, deutlicher geht es nicht mehr. Am 14.1.1988 stimmten 4000 Vertrauensleute dafür, die Erhaltung des Stahlstandortes Rheinhausen mit in die Tarifauseinandersetzung der Stahlindustrie hineinzunehmen. Damit hätte nach der beantragten Urabstimmung ein massenhafter, alle Stahlbetriebe erfassender, von der Gewerkschaft ganz legal organisierter und bezahlter Streik stattfinden können. Das sowieso vordergründige und formale Argument der DGB- und IG Metall-Führer, sie könnten - leider, leider - kein Geld an die Rheinhausener zahlen, weil deren Streik ja nicht "legal" sei, wäre dann weggefallen. (Ja, das sind die angeblich auch so "demokratischen" Gesetze in der BRD.)

Was aber tat die Gewerkschaftsführung? Eiskalt und zynisch wischte sie diesen Be schluß der 4000 Vertrauensleute weg und scherte sich einen Dreck darum. Wer es bisher noch nicht geglaubt hatte, konnte sich nun überzeugen:

- * Die DGB- und IG-Metall Führer sind ekelhafte Streikverhinderer, Streikbrecher,
- * Heuchler und Lügner. Wer meint, sich auf diese Leute und ihren Apparat verlassen zu können, der ist selber verlassen.

Folgerungen

Was also sollen die gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen tun? Aus den Gewerkschaften austreten? Gar neue gründen? Ohne Gewerkschaften kämpfen? Die Antworten auf diese und ähnliche Fragen sind nicht einfach, sie können auch nicht ein für allemal, für alle Zeit gegeben werden. Aber unserer Meinung nach lassen sich doch einige Ausgangspunkte festhalten:

1. AUF DIE EIGENE KRAFT VERTRAUEN

In jedem ernsthaften Arbeitskampf können die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nicht auf die DGB-Führung und überhaupt den DGB-Apparat verlassen. Nur wenn sie unabhängig - auch gegen die DGB-Führung

- im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen, Flugblätter herausgeben, Versammlungen und Demonstrationen, vielfältige zielgerichtete Aktionen durchführen, kann ihr Kampf gewisse Erfolge erzielen.

2. INNERHALB DER GEWERKSCHAFTEN KÄMPFEN

Wir meinen aber auch: Es ist unbedingt nötig, innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen, und zwar vor allem aus zwei Gründen.

Einmal kann, wenn um jeden Zentimeter in der Gewerkschaft gekämpft wird, wenn die DGB-Fürsten die Ohrfeigen der Belegschaften zu spüren bekommen, zusätzlich zu dem selbständigen Kampf auch dieses oder jenes Zugeständnis aus dem DGB-Apparat herausgeholt, erzwungen werden. Je stärker der Kampf, je geringer die Illusionen, desto größer sind hierfür die Erfolgsschancen.

Zum anderen aber geht es für die aktiven Kolleginnen und Kollegen gerade darum, innerhalb der Gewerkschaften unter der großen Zahl der einfachen Gewerkschaftsmitglieder (die noch Illusionen in die "Steinkühlers" haben) Überzeugungsarbeit zu leisten und sie für die energische Unterstützung auch der einfachen Tageskämpfe zu gewinnen und zu mobilisieren.

3. AUCH INNERHALB DER GEWERKSCHAFTEN MIT DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG ALS FEIND RECHNEN

Beim Kampf konsequenter Gewerkschafter und revolutionärer Kolleginnen und Kollegen wird deutlich werden, daß selbst zarteste Kritik an der käuflichen Qualität von Steinkühler und Konsorten, sei es auch im Rahmen lediglich rein gewerkschaftlicher Interessenvertretung (von revolutionärer Kritik muß gar nicht einmal die Rede sein), zu wütendsten Reaktionen, Diffamierungen, Lügenkampagnen, Ausgrenzungen, Denunziationen und Ausschlüssen führen kann und oft genug dazu geführt hat. (Wenn die in den letzten 20 Jahren aus dem DGB wegen Opposition ausgeschlossenen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen einmal zusammenkämen und über ihre Ausschlüsse allen Gewerkschaftsmitgliedern berichten könnten,

wäre so manche Illusion über die "Demokratie" im DGB verflogen.) Dies vor Augen muß innerhalb des DGB der Kampf prinzipienfest und geschickt, ohne Opportunismus, aber auch ohne Naivität, ohne Illusionen in diesen DGB-Apparat geführt werden.

4. DIE GRENZEN DER TAGESKÄMPFE ERKENNEN, VOR ALLEM DIE KÄRFE FÜR DIE VORBEREITUNG DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION SAMMELN!

Als Kommunistinnen und Kommunisten arbeiten wir innerhalb der Gewerkschaft, um Seite an Seite mit den Kolleginnen und Kollegen in den Tageskämpfen vor allem die Frage der Revolution und des Kommunismus zu diskutieren und davon zu überzeugen. Der Tageskampf innerhalb dieses kapitalistischen Systems hat seine Grenzen: Erste Erfolge heute werden morgen direkt oder hintenherum wieder rückgängig gemacht, die allgemeine Verschlechterung der Lage läßt sich auf lange Sicht nur verlangsamen, wenn gekämpft wird, aber nicht stoppen. Daher würde eine Begrenzung nur auf Tageskämpfe oder vor allem auf Tageskämpfe nicht zu wirklichen, langfristigen Erfolgen führen. DAS GANZE KAPITALISTISCHE SYSTEM, der Staat als Werkzeug des Kapitals, seine Armee usw. müssen in Frage gestellt, bekämpft, im Bürgerkrieg zerschlagen werden, um eine neue Welt, eine neue Gesellschaft, eine sozialistische Gesellschaft mit dem Ziel des Kommunismus aufzubauen. Enteignung des Kapitals, diktatorische Unterdrückung des Kapitals und seiner Anhänger, Errichtung der sozialistischen Demokratie - ein solch konsequenter Kampf des Proletariats zur Sprengung des heutigen Systems hat auch in Bezug auf die Tageskämpfe größere Chancen, Zugeständnisse noch innerhalb des



kapitalistischen Systems zu erzwingen. Der gewerkschaftliche Kampf allein, der Tageskampf, und sei er noch so konsequent gegen die Verräterei der DGB-Führung gerichtet, kann grundsätzlich, so nötig er ist, am kapitalistischen System nichts ändern.

Unverändert gilt das Wort von Marx und Engels:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur

**erreicht werden können durch den gewalt-
samen Umsturz aller bisherigen Gesell-
schaftsordnung. Mögen die herrschenden
Klassen vor einer kommunistischen Revo-
lution zittern. Die Proletarier haben
nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten.
Sie haben eine Welt zu gewinnen.“**

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Mai 1988



Das nachfolgende Flugblatt wurde im Oktober 1984 geschrieben. Auch wenn die angeführten Beispiele und Zitate infolgedessen nicht mehr die allerneuesten sind, so ist dennoch der Inhalt des Flugblattes von brennender Aktualität.

Zum besseren Verständnis heute wurden einige leichtere Kürzungen vorgenommen.

Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n!

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS FORCIERT RASSISMUS, FASCHISTISCHE HETZE UND TERROR

Immer gravierender wird die staatlich angeheizte Atmosphäre des alltäglichen Faschismus in Westdeutschland! Die "GEWÖHNNUNG" an alltäglichen Terror staatlicherseits oder durch Neofaschisten hat einen unerhörten Grad erreicht: Es vergeht kaum ein Monat, ja kaum eine Woche, in der nicht "am Rande erwähnt wird", daß hier ein Asylbewerber aus Togo sich in Abschiebehaft erhängt, hier Neofaschisten ein Asylantenheim oder-wie jetzt in Duisburg-ein Haus von Arbeiterfamilien aus der Türkei anzünden, und die Bewohner verbrannten. Auch die neofaschistische Ermordung einer Frau aus der Türkei in einem Westberliner Frauenberatungszentrum durch Pistolenbeschüsse wird in einer 14-Zeilen-Meldung, wenn überhaupt, mitgeteilt!

Es ist einfach keine Phrase, daß neofaschistischer Terror staatlich gedeckt wird. Der Bundesgerichtshof erklärte höchst richterlich, daß zwar "Juden raus", nicht aber "TÜRKEN-RAUS-SCHMIEREREIEN" der Neofaschisten Volksverhetzung seien (FR, 4.5.84). Die Beispiele aufzuzählen, sich vor allem auch klarzumachen, daß der von diesem Staat selbst betriebene machtvolle Terror bei weitem den der Neofaschisten übersteigt, und dies OHNE ILLUSIONEN ÜBER DIESEN STAAT anzuprangern, ist eine wesentliche Aufgabe aller Kräfte in Westdeutschland, die sich wirklich tiefgehend gegen Rassismus und Pogromvorbereitung wenden!

DER STREIT ZWISCHEN CDU UND SPD/ DGB - EIN STREIT ZWISCHEN SKLA- VENHALTERN

Während ein CDU-Politiker wie Lummer über den "Geruch" von Türken philoso-

phiert und gleichzeitig das Unschulds-lamm bei der Verbrennung von Asylanten im Gefängnis spielt (Die Zustände sind FÜR DIE WÄRTER nicht tragbar, meint er !!), haben die sozialdemokratischen Politiker und die Funktionäre der DGB-Führung eine andere Rolle übernommen.

Schauen wir uns doch einmal die Sklavenhalter-Argumente dieser Leute näher an.

Festzuhalten ist als erstes: Es waren ohne jede Frage sozialdemokratische Regierungen und Minister, die ohne Skrupel das faschistische Ausländergesetz aus dem Jahre 1938 (das mit minimalen Änderungen heute in Westdeutschland gültig ist), mit weiteren Gesetzgebungen verbunden, zur Ausweisung von zig-tausend Ausländern benutzt haben. In den von ihnen regierten Ländern sitzen Hunderte von "Abschiebehäftlingen" hinter Gefängnismauern und werden abgeschoben! Das ist eine unwiderlegbare Tatsache!



Aber sind ihre Worte eigentlich viel besser, wenn man sie einmal genauer betrachtet? Nehmen wir einmal Herrn SPD-KÜHN, der 1980 als Ausländerbeauftragter der SPD/FDP-Regierung erklärte, daß der Bergbau

"ohne die meist 'unter Tage' arbeitenden Türken nicht aufrechtzuerhalten wäre. Die Türken hätten heute die Bedeutung, wie früher die Fremdarbeiter aus Polen." (FR, 25.6.1980)

Warum sind also Leute wie SPD-KÜHN gegen die zu krassen "Türken-raus"-Politik? Worin besteht denn eigentlich dieser sehr typische und weit verbreitete Argumentationsstrang? Es ist der Aufruf des "besonnen" Sklavenhalters: Er will auf GUTE SKLAVEN, die für den Bergbau nützlich sind, die Profit, Profit und nochmals PROFIT einbringen, nicht so einfach verzichten! Das liegt ihm am "Herzen"! "Türken-raus"-Politik ist ja nur eine von vielen Varianten von faschistischer deutscher Herrenmenschenideologie! Wenn die deutschen Imperialisten die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei wie früher Millionen Zwangsarbeiter aus Osteuropa und anderen Ländern in die Bergwerke und Waffenfabriken stecken ... UND NICHT HINAUSSCHMEISSEN (sondern nur damit drohen, um den Druck zu erhöhen, bzw. dies nicht im großen Maßstab machen), ist das dann etwa "ausländerfreundlich" ??

Die Argumentation "Wer macht denn die Drecksarbeit, wenn die Ausländer weg sind?" ist selbst zutiefst RASSISTISCH, gibt sie sich auch noch so sehr einen sozialen, tränenröhrenden, ja "grünen oder christlichen Anschein! DIE ANGST UM DEN VERLUST VON SKLAVEN, DIE DEN DRECK WEGMACHEN UND DAZU NOCH GUTE GERICHTE KOCHEN UND MUSIZIEREN KÖNNEN - das ist eine Variante der deutschen HERRENMENSCHENIDEOLOGIE!

Genau so argumentiert auch ein gewisser Koob vom DGB (Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG Metall):

"Vor den Häusern türmen sich Abfallberge... Die Stadt erstickt im Dreck ... Eine Fiktion ... Sie würde Wirklichkeit in einem Frankfurt ohne Ausländer." (Aus: "Der Gewerkschaftler", 12/81, S. 16)

Und derselbe Koob tritt "energisch" für die ausländischen Arbeiter ein; denn "es geht längst nicht mehr darum, daß Ausländer nur unseren Dreck wegschaffen ..." (ebd.) Er weist nach, daß sie überhaupt die nötigen unteren Sklavenarbeiten, die schwersten und härtesten machen, und daß wir sie DAHER UNBEDINGT BRAUCHEN !

Der Streit zwischen solchen Figuren mit einem Kohl usw. - das ist wirklich nur ein Streit unter verschiedenen Varianten der Ideologie und Praxis des deutschen

Herrenmenschentums !

Es ist ein Trugschluß zu meinen, daß die Verachtung der Arbeiter aus anderen Ländern, die Hetze gegen sie, ihre Behandlung als UNTERMENSCHEN ... allein eine Erscheinung bei verstärkter Arbeitslosigkeit sei. (Dies legt die Lösung "Arbeitsplätze statt Ausländerhetze" nahe.) Vielmehr ist der Rassismus und Chauvinismus EIN GRUNDZUG imperialistischer Politik überhaupt mit all seinen verbrecherischen Besonderheiten in einem Land wie Westdeutschland!

Diese ganze Art der Argumentation - die BELEIDIGUNG UND DEMÜTIGUNG IN DER MASKE DES "FREUNDES" und die auf ihr beruhenden ganzen Programme der EINDEUTSCHUNG und GERMANISIERUNG der zu "integrierenden" ausländischen Arbeiter in das Sklavenheer der Arbeiterklasse zwecks problemloser Ausbeutung - muß bekämpft werden.

Wer die Entlarvung der sozialdemokratischen oder DGB-Positionen ausspart, dies auch noch als "Taktik" verkaufen will, hier einen "staatstragenden" Bündnispartner sucht und findet, der beteiligt sich an der Verbreitung und Durchsetzung der Herrenmenschenideologie und -politik!

"GRÜNES" AUSLÄNDERGESETZ? ODER: WO REFORMEN ZUR MITTÄTERSCHAFT WERDEN. DIE HALTUNG DER "GRÜNEN" IST SELBST CHAUVINISTISCH!

Die Erfolge der "Grünen" bei Wahlen läßt manche hoffen: Ist hier nicht eine Kraft, die sich zu unterstützen lohnt, die wenigstens gegen Rassismus vorgeht?

Wir vermuten, daß so manche Mitglieder und erst recht Wähler der "Grünen" gar nicht wissen, wie weit die "Grünen" in ihrer staatstragenden, imperialistischen und deutsch-chauvinistischen Entwicklung schon gekommen ist.

Der verantwortliche Bundestagsabgeordnete der "Grünen" für die Kommission "Ausländische Arbeitnehmer", Uli Fischer verbreitet in einer faschistischen türkischen Zeitung, der er ein Interview gab:

"Deutschland hat immer einen Bedarf an Müllmännern und Bergarbeitern."

"An den Arbeitsplätzen, wo jetzt türkische Arbeiter arbeiten, wollen Deutsche nicht arbeiten." ("Nokta", Nr.45 vom 8.1.84; zitiert nach der Übersetzung in "Türkei-Information" Nr.22 vom 3.2.84)

Daher gibt es laut Fischer von den "Grünen" keinen Grund für eine "Türken-raus"-Politik! Und außerdem...?

"Außerdem haben die Arbeitgeber keine Klagen über die Türken, die sie beschäftigen. Im Gegenteil, sie sind sehr zufrieden. Die türkischen Arbeiter arbeiten viel, nehmen keinen Ur-

Gegen Chauvinismus und Rassismus:

Deutsche und ausländische Arbeiter



eine Kampffront im Betrieb und Wohnviertel

Westdeutsche Arbeiter unterstützen
- die Revolution in den Heimatländern der
ausländischen Arbeiter
- die vom westdeutschen Imperialismus
verfolgten ausländischen Revolutionäre !

laub, werden nicht krank." (ebenda)

Auch das ist Teil des alltäglichen Rassismus: Türken als Müllmänner unentbehrlich - Grüner Rassismus!

Als staatstragende Kraft ist es soweit,
daß sich die "Grünen" in Hessen auch
direkt beteiligen und Verantwortung
übernehmen für "ausnahmsweise" ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG !

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG sind ausdrücklich vorgesehen in der "VEREINBARUNG ZWISCHEN SPD UND GRÜNEN IN HESSEN IN DER AUSLÄNDERPOLITIK" für

"VERURTEILUNG WEGEN ZUGEHÖRIGKEIT ZU EINER K R I M I N E L L E N VEREINIGUNG, wenn - bei politischen Motiven - eine politische Verfolgung im Heimatland nicht zu befürchten ist." (Dokumentiert in: TAZ vom 18.8.84, S. 7.)

Und das ausgerechnet nach dem Verbot von DEV SOL durch die westdeutschen Imperialisten und der mehrfach bereits praktizierten Abschiebung poli-tisch Verfolgter an die Folterer und Henker in der Türkei.

Im Klartext: Die "Grünen" wissen genau was "kriminelle Vereinigung" mit "politischen Motiven" bedeutet: REVOLUTIONÄRE ORGANISATIONEN! Ihre verhafteten Mitglieder sollen abgeschoben werden! Der Zusatz "wenn eine politische Verfolgung im Heimatland nicht zu befürchten ist", entspricht gängigem Regierungsdeutsch... Wo gibt es denn eine revolutionäre Organisation aus anderen Ländern, die in ihrem jeweiligen Heimatland nicht zu befürchten hätte? Und die Kehrseite: Faschistische Trupps wie die "Grauen Wölfe" werden umgehend bei Mord und Tot schlag in die Türkei freigelassen!!! Denn dort haben sie natürlich "nichts zu befürchten".

Die "Grünen" machen sich immer mehr mitverantwortlich und mitschuldig am alltäglichen faschistischen und rassistischen Vorgehen des Staates gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern im allgemeinen und gegen die Verfolgung und Unterdrückung antiimperialistischer politischer Gruppen aus anderen Ländern in Westdeutschland! Das ist das harte, aber beweisbare Fazit, wenn die reale Politik der "Grünen" betrachtet wird!

Die Tatsache, daß sie am faschistischen Ausländergesetz mit eigenen Gesetzentwürfen herumdoktern, daß sie es nicht ablehnen, überhaupt ein BESONDERES GESETZ für AUSLÄNDER - wie früher für die Juden - zu entwerfen, und dabei mitmachen - das zeigt, daß sie eine SONDERBEHANDLUNG nach nationalen Merk malen für richtig halten,

das zeigt, daß sie selbst zu Verteidigern der DEUTSCHEN HERREMENSCHEN IDEOLOGIE "emporgestiegen sind!"

MIT ALLER KONSEQUENZ SEITE AN SEITE MIT DEN WERTÄTIGEN AUS ANDEREN LÄNDERN IN WESTDEUTSCHLAND DEN KAMPF GEGEN POGROM UND ABSCHIEBUNG FÜHREN
DEN ABERGLAUBEN AN "DEN STAAT" ZERSCHLAGEN!

Heute, hier und jetzt, ist es nötig im tagtäglichen Kampf sich klarzumachen, daß gegen faschistische Stoßtrupps wie gegen Greiftrupps der Ausländerpolizei usw. nicht Mitleidstränen, Gejammer und "Ap pelle an den Staat" nötig sind. Hier ist praktische Solidarität erforderlich.

Hier ist die Organisierung der Notwehr und die allseitige Vorbereitung darauf nötig! Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß bis an die Zähne bewaffnete neofaschistische Stoßtrupps und Brandstifter ungern ehrlich pogromartige Schlägereien, Überfälle und Sprengung von Versammlungen durchführen können! Weder das Gebet zum Himmel, noch das Telefonieren nach der Polizei ist hier eine "Lösung"! Es geht wirklich und im wahrsten Sinne des Wortes zunehmend in solchen Auseinandersetzungen "um Leben und Tod"!

Das pazifistische Gestammel "Frieden schaffen ohne Waffen" wird hier, wenn faschistische Mordbanden ihr Handwerk ausüben, zur völligen Farce, ja erleichtert ihnen ihr Handwerk.

PROLETARIER ALLER LÄNDER,
VEREINIGT EUCH!

Dies schrieben Karl Marx und Friedrich Engels in der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, im "MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI"! Dies ist der aktuelle Aufruf zum gemeinsamen Handeln gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter aller Länder. Aber dies ist noch mehr.

Marx, Engels und die ganze Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung, die für die Ziele des Kommunismus eintritt und kämpft, zeigen uns, daß diese proletarisch-internationalistische Lösung einen tiefen, umfassenden Inhalt hat.

der ist keine Utopie, sondern er ist die einzige richtige Antwort auf die internationale organisierte Profitmacherschaft (der dem Wesen nach gleichen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiterklasse in den Fabriken) und auf die Politik der Kapitalistenklasse "Spalte und herrsche", die die Politik der herrschenden Ausbeuterklassen seit vielen tausend Jahren ist.

Heute, unter den Bedingungen des westdeutschen Imperialismus gilt diese Lösung um so mehr. Gemeinsamer Kampf mit allen Arbeiterinnen und Arbeitern, gerade jenen, die vom westdeutschen Imperialismus ausgebeutet und geschunden werden, sei es in Westdeutschland, in der Türkei, Brasilien oder Südafrika! Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker, gerade jener, die vom westdeutschen Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt werden!

Der Kampf für den proletarischen Internationalismus hat über die augenblicklichen Erfordernisse hinaus die Erkenntnis zur Grundlage, daß die AUSBEUTERSTAATEN sich nicht reformieren lassen. Die Hauptkomponente dieser Ausbeuterstaaten, die jeweiligen reaktionären Armeen, muß in der Revolution der bewaffneten Volksmassen gewaltsam zerstochen werden. Der revolutionäre Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei wird die Diktatur des Proletariats - die Unterdrückung der Ausbeuter und die breite-

ste Demokratie für die Mehrheit - her vorbringen.

Wer die PERSPEKTIVE DER REVOLUTION höhnisch verlacht oder mitleidig belächelt, der hat nur die Perspektive des Mitmischnens innerhalb des imperialistischen Systems. Er macht sich mitschuldig und ist mitverantwortlich für all die schon verübten und in noch größerem Umfang vorbereiteten Verbrechen eben jenes Staates, der in der Tradition des Hitlerfaschismus steht und die weltweiten Interessen des Monopolkapitals, das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die imperialistische Ideologie mit allen Mitteln verteidigen wird!

Die verbrecherische Politik des westdeutschen Imperialismus im eigenen Land gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern ist EIN GRUND MEHR für alle ehrlichen Antiimperialisten, sich den REIHEN DER PROLETARISCHEN REVOLUTION anzuschließen.

Sie müssen sich aus eigener Erfahrung davon überzeugen, daß die eigentliche Ursache für den sich verbreitenden alltäglichen Faschismus und Rassismus das kapitalistisch-imperialistische System in Westdeutschland ist. und daß daher die gut vorbereitete und gut organisierte sozialistische Revolution in Westdeutschland als Teil der proletarischen Weltrevolution mit dem Ziel des Kommunismus der EINZIGE WEG ZU EINER WELT OHNE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG IST ! **Oktobre 1984**

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH

Einige Veröffentlichungen von GEGEN DIE STRÖMUNG in türkischer Sprache:

GEGEN DIE STRÖMUNG'un Türkçe diğer yazıları:

- * "KARL MARKS, Kapitalizmin ölümcül eleştirisi" (GDS sayı 32, Mayıs 83)
- * "Haftada 35-saatlik iş günü için mücadele - işçi sınıfının kurtuluşu ANCAK KENDİ ESERİ OLABİLİR!" (ücretsiz bildiri, Mayıs 1984)
- * "BATI ALMAN EMPERYALİZMİNİ YIKMA MÜCADELESİ RAF İLE TARTIŞMAYI SART KOSAR!" (ücretsiz bildiri, Aralık 1987)

Bu ve başka yazılar aşağıdaki adresen istenebilir:

**BUCHLADEN
Georgi Dimitroff**

FRANKFURT (GALLUSVIERTEL), KOBLENZER STR.4

S U B A T 1988

CELIK SANAYİSİNİN YA DA BAŞKA BİR SANAYİNİN KRİZİNİ BİR "DEVLETLEŞTİRME" ÇÖZÜBİLİR MI?

**Bu devlet bizim
devletimiz değil!**

Ocak 1988

SERMAYE VE ONUN POLİTİKACILARI İÇİN GEÇERLİ OLAN TEK ŞEY YALNIZCA KAR, KAR VE YINE KARDIR

**KAPITALİZM YIKILMAK
ZORUNDADIR!**

KRIEGSVERBRECHER KRUPP

STREIFLICHTER AUS DER GESCHICHTE DES KRUPP-KONZERNNS

"... seit 132 Jahren (hat) die Firma Friedrich Krupp als Familienunternehmen für die bewaffneten Kräfte des deutschen Volkes hervorragende und einzigartige Verdienste erlangt."

NS-Verordnung vom 12.11. 1943. (1)

Die Nazis haben mit ihrem Lobgesang auf Krupp deutlich ausgedrückt, welche Bedeutung die Krupp-Werke für den deutschen Faschismus und für die Ausbeuter und Unterdrücker in Deutschland hatten, und warum sie über Jahrzehnte hinweg als die "Waffenschmiede der Nation" galten.

KRUPP: "Waffenschmiede der Nation"

Krupp'sche Kanonen waren schon zu Bismarcks Zeiten dabei, im Krieg gegen Dänemark und Österreich, wie 1871/72 gegen Frankreich. Sie sorgten mit dafür, die ersten Versuche einer Proletarischen Revolution, die Pariser Kommune niederzuschlagen. Schon in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts mordeten die Waffen des deutschen Kapitals weit über die Grenzen hinweg in vielen Ländern der Welt für die Ausbeuter und Unterdrücker. Die Waffenschmiede Krupp belieferte den Zarismus wie dessen Kriegsgegner, den türkischen Sultan, im türkisch-russischen Krieg 1877/78. Geliefert wurde bald bis nach China. - Im I. Weltkrieg erreichte die Krupp-Produktion ihren vorläufigen Höhepunkt. In dieser Zeit arbeiteten 180.000 Menschen in den Werken von Krupp. (2)

Die deutschen Monopolkapitalisten brachten den Faschismus an die Macht

In der Weimarer Republik, nach der Niederlage der Novemberrevolution und der Niederschlagung des Hamburger Aufstandes, betrieb das Monopolkapital in Deutschland die Vorbereitung für die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung und sicherte deren Zerschlagung durch die Errichtung des Faschismus. Krupp von Bohlen und Halbach macht viel später, in einer Rede im Januar 1944, öffentlich deutlich, welche Ziele Monopole wie Krupp im Auge hatten:

„Es ist das große Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, daß sie in diesen schlimmen Jahren nicht untätig gewesen ist, möchte auch aus einleuchtenden Gründen ihre Tätigkeit dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein. In jahrelanger stiller Arbeit wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zu gegebener Stunde ohne Zeit- und Erfahrungsverlust wieder zur Arbeit für die deutsche Wehrmacht bereitzustehen... Nur durch diese verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums... konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluß an die neuen Aufgaben der Wiederwehrhaftmachung erreicht, konnten dann auch die ganz neuen viellältigen Probleme gemeistert werden.“ (3)

Wie das deutsche Monopolkapital schon sehr frühzeitig die NSDAP unterstützte, zielgerichtet auf die Errichtung der faschistischen Macht in Deutschland, zeigt sich beispielsweise an der Vereinbarung des Kohlesyndikats - zu dem auch Krupp gehörte - aufgrund dessen jährlich 5 Pfennig pro Tonne Kohle an die NSDAP abgeführt wurden, das waren jährlich mehr als 6 Mio. Reichsmark. Nach 1933 erhielt die NSDAP als "Adolf Hitler Spende der deutschen Wirtschaft" - Krupp war zu der Zeit Präsident der Vereinigung der deutschen Industrie - jährlich mehr als 60 Mio. RM. Darüber hinaus gab es noch viel mehr an direkter finanzieller Unterstützung für NS-Organisationen, wie z.B. die jährliche Spende von einer Million Reichsmark durch die Rüstungsmonopole - zu denen auch Krupp gehörte - an die SS, als Spende des "Freundeskreis des Reichsführers der SS" (siehe: Braunbuch ... S. 14 ff).

**Eroberungskrieg der deutschen Imperialisten und deren Vorbereitung -
mit tatkräftiger Beteiligung von KRUPP**

Krupp hatte nicht erst im Faschismus führende Stellungen in der Wirtschaft inne: Gustav Krupp von Bohlen und Halbach war Mitglied des Generalwirtschaftsrates von 1931 - 1933, Präsident der Reichsvereinigung der Deutschen Industrie, ab 1934 Leiter der Gruppe für Kohle, Eisen und Metallproduktion beim Reichswirtschaftsministerium. In diesen Positionen wirkte Krupp direkt an der Kriegsvorbereitung des deutschen Faschismus mit.

Neben der Waffenproduktion war für die Kriegsvorbereitung und -führung von großer Bedeutung der Ausbau der Infrastruktur - wie der Ausbau der Autobahn wichtig und zentral war für ein schnelles und umfangreiches Transportwesen der faschistischen Kriegsmaschinerie. Die Produktion von LKW's in den Krupp-Fabriken hatte hier natürlich auch alles andere als "friedliche und zivile" Zwecke, wie selbst heute noch behauptet wird.

Das Programm der Kriegsvorbereitung und der Kriegsproduktion trieb die Profite des deutschen Monopolkapitals ganz kräftig in die Höhe. Hatten die Krupp-Werke vor 1933 (laut offizieller Bilanz) noch mit Verlusten gearbeitet, so konnten sie 1935 - 57 Mio. RM, 1938 - 97 Mio. RM und 1941 - 111 Mio. RM als Gewinn verzeichnen. Der Kapitalwert des Krupp-Konzerns verdreifachte sich bis 1943, innerhalb von nur 10 Jahren.

NICHT VERGESSEN !

Krupp-Lokomotiven, eingesetzt für die Transporte in KZ's und Vernichtungslager

"Nach der Wirtschaftskrise 1930/33 ... war es besonders das Verkehrswesen (Lokomotiven, Lastkraftwagen usw.), das der Firma wieder reichliche Beschäftigung bracht, ...", heißt es im Buch über "Die Nachfolger der Ruhrkonzerne" nach 1945. Wenn die "Rüstungsaufträge ... auch nicht während des II. Weltkrieges - jemals mehr als 50% der Gesamtproduktion der Firma ausgemacht haben", so muß doch für jeden Antifaschisten klar sein - die Lokomotiven, "hart wie Krupp-Stahl", besorgten noch fast bis zum Ende des Kriegs die Transporte von antifaschistischen, kommunistischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfern, von Kriegsgefangenen in die Konzentrationslager. Und auch die unzähligen Todestransporte von vor allem Juden, Sintis und Roma, aber auch vielen anderen Verfolgten zur Massenvernichtung in die Lager von Auschwitz, Treblinka, Sobibor, Chelmno, Belzec - wurden von Lokomotiven, die u.a. aus Krupp-Fabriken kamen, an ihre Bestimmungsorte gebracht.

Ausbeutung unterworfener Völker und Länder

Nr. 261 Protokoll der Sitzung der Metall-Unterkommission des Technischen Ausschusses der IG Farbenindustrie AG vom 16. April 1940 über die Zusammenarbeit mit der Friedrich Krupp AG bei der Ausbeutung der norwegischen Wirtschaft (Auszug)

In Norwegen werden alle in englisch-französischem Besitz befindlichen Fabriken und Grubenkonzessionen beschlagnahmt und die norwegische Wirtschaft für uns mobilisiert. Der Ausbau der norwegischen Molybdäsen-Vorkommen soll sofort aufgenommen werden. Hierüber findet am Montag eine Aussprache mit Krupp statt. (4)

"VERNICKTUNG DURCH ARBEIT" - IM NS-FASCHISMUS

Der deutsche Faschismus forderte von den Völkern der Welt ungeheuere Opfer - durch die Vernichtungs- und Konzentrationslager, durch seine Kriegsmaschinerie, durch den Terror von SS, Gestapo usw. Darüberhinaus wurden Millionen von Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern, von Kriegsgefangenen und Kz-Innassen durch das System der Zwangsarbeit ausgebeutet und terrorisiert. Die Monopolkapitalisten machten mit dieser Sklavenarbeit riesige Profite in den deutschen Fabriken und den Konzentrationslagern. Viele der Arbeiterinnen und Arbeiter überlebten die Torturen in den Kz's, den Fabriken und Lagern nicht oder trugen schwere gesundheitliche Schäden davon.

Ganz Deutschland war damals überzogen von einem Netz an Fremdarbeiterlagern. Allein im Jahre 1944 betrug die Zahl der Fremdarbeiter 7.700.000. In den Konzentrationslagern arbeiteten in der selben Zeit 650.000 vorwiegend jüdische Kz-Häftlinge für die "deutsche Wirtschaft". Reichswehr und SS besorgten den "freiwilligen" Nachschub an Arbeitskräften. "VERNICKTUNG DURCH ARBEIT" - hieß das Schreckensprogramm des deutschen Faschismus. Die Opfer - allein der sowjetischen Kriegsgefangenen - zeigen, daß dieses Vernichtungsprogramm vom deutschen Kapital schonungslos durchgeführt wurde. Von den sowjetischen Kriegsgefangenen (5,7 Millionen) haben 3.350.000 die Zwangsarbeit und Gefangenschaft nicht überlebt - sind verhungert, an Erschöpfung, Tuberkulose usw. gestorben, wenn sie nicht schon vorher von SS, Werkschutz oder Meistern umgebracht worden.

ZWANGSARBEIT IN DEN KRUPPWERKEN WÄHREND DES FASCHISMUS

Die Ostarbeiter ... welche in den Kruppwerken in Essen arbeiteten, waren in den folgenden Lagern untergebracht: Seumannstraße, Grieperstraße, Spenlestraße, Heegstraße, Germaniastraße, Kapitän-Lehmannstraße, Dechenschule und Krämerplatz. Sämtliche Lager waren von Stacheldraht umgeben und waren streng bewacht.

Die Zustände in allen diesen Lagern waren äußerst schlecht. Die Lager waren überfüllt. In einigen Lagern waren mehr als 2mal soviel Personen untergebracht als gesunde Verhältnisse es erlauben.

...
Das Essen für die Ostarbeiter war vollkommen unzureichend. Die Ostarbeiter erhielten 1000 Kalorien pro Tag weniger als das Minimum für Deutsche. Während deutsche Arbeiter, die Schwerarbeit leisteten, 5000 Kalorien pro Tag bekamen, erhielten die Ostarbeiter, die dieselben Arbeiten machten, nur 2000 Kalorien pro Tag. Die Ostarbeiter bekamen nur 2 Mahlzeiten pro Tag und ihre Brotration. Eine der zwei Mahlzeiten bestand nur aus einer dünnen, wäßrigen Suppe. Ich war mir nicht sicher, ob die Ostarbeiter das für sie vorgeschriebene Minimum auch tatsächlich erhalten. Später, 1943, als ich die Nahrung, die von den Küchen zubereitet wurde, prüfte, stellte sich in verschiedenen Fällen heraus, daß den Ostarbeitern Nahrungsmittel vorenthalten worden waren.

Auszüge aus der am 12. Dez. 1945 verlesenen Erklärung des Oberarztes der Krupp Zwangsarbeitslager in Essen. Aus: "Der Nürnberger Prozeß", Bd. 3, S. 494 ff.

DER FOLTERKÄFIG

Gerade die Bedingungen, unter denen die Zwangsarbeiter bei der Firma Krupp gehalten wurden, sind ein besonders drastisches Beispiel für eine moderne Sklaverei: Deutsche Wachposten des Werkschutzes und bestimmte Vorarbeiter trieben die Zwangsarbeiter vielfach mit Knüppeln zur Arbeit an, Folterungen waren üblich. ...

„Im Kellergeschoß des Hauptverwaltungsgebäudes, einem riesigen düsteren Betongewölbe, wurden regelrechte Folterungen vollzogen. Dort befand sich das Hauptquartier von Werkschutz und Werkschar, und in einem der Büroräume entwickelten einige der Wachposten in ihrer Freizeit eine kunstvolle Konstruktion, mittels derer aufsässige Sklaven gefügig gemacht werden sollten. Das Ganze sah wie ein Metallschrank aus, aber Fritz Fell, ein Nachttelefonist, dessen Arbeitsplatz zehn Meter entfernt war und der sehen konnte, wofür der ‚Schrank‘ gebraucht wurde, gab ihm den Namen, unter dem er bekannt und gefürchtet wurde: ‚der Käfig‘. Später erklärte er: ‚Ich sah, wie Ostarbeiterinnen in den

Der Versorgungsplan schrieb eine kleine Menge Fleisch pro Woche vor. Dafür durfte nur Freibankfleisch verwendet werden, welches entweder Pferde-, tuberkulöses oder vom Tierarzt verworfenes Fleisch war. Gewöhnlich wurde dieses Fleisch in einer Suppe gekocht ...

Die Zahl der erkrankten Ostarbeiter war doppelt so groß wie die der deutschen Arbeiter. Tbc. war besonders weit verbreitet. Prozentual gab es unter den Ostarbeitern 4X soviel Tbc-Fälle als unter den Deutschen. (Deutsche 0,5%, Ostarbeiter 2%).

In der Dechenschule hatten ungefähr 2½% der Ostarbeiter offene Tbc. Die Tataren und Kirgisen litten am meisten unter dieser Krankheit. Sobald sie davon betroffen wurden, brachen sie wie die Fliegen zusammen. ...

Flecktyphus war auch unter diesen Arbeitern verbreitet. Läuse, die Träger dieser Krankheit, zusammen mit unzähligen Flöhen, Wanzen und anderem Ungeziefer, plagten die Insassen dieser Lager. Als Ergebnis der schmutzigen Zustände in diesen Lagern hatten fast alle Ostarbeiter Hautkrankheiten. Die mangelnde Ernährung verursachte Fälle von Hunger-Ödem, Nephritis und Shighekruse.

... Kriegsgefangenenlager ...
Meine Inspektion ergab, daß die Zustände in diesen Lagern noch schlechter waren als die, die ich in den Ostarbeiterlagern 1942 vorgefunden hatte.

Schrank gesperrt wurden und sagte zu mir selbst: Das ist ein Käfig. Ich weiß nicht genau, warum. Naja, ein Tier – einen Vogel – sperrt man in einen Käfig. Dieser ‚Käfig‘ war ein fensterloses schweres Stahlgehäuse von 1,50 Meter Höhe – also um zehn bis 15 Zentimeter zu niedrig, als daß ein durchschnittlicher Mensch darin aufrecht stehen könnten. Im Inneren befand sich eine vertikale Trennwand, so daß zwei Zellen von je 55 Zentimeter Breite und 55 Zentimeter Tiefe entstanden. Für die Luftzufuhr sorgten nur zwei oben angebrachte Löcher, und zwei schwere Riegel sorgten dafür, daß die Gefangenen nicht heraus konnten. Die Sklavenarbeiter wurden in gebückter Haltung hineingeschafft und einige Stunden bis mehrere Tage darin gelassen. Eine Verfeinerung dieser Tortur war, bei kaltem Wetter durch die Luftlöcher von oben Wasser auf die Gefangenen zu gießen.“

aus: Fremde in Deutschland, Herbert Spaich, Basel 1981, S. 188 ff.

In den Krupp-Werken, im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz (hier ließ Krupp unter Aufsicht von eigenen Meistern und - Ingenieuren Zünder für die Reichswehr herstellen) wurden während des Faschismus fast 100.000 Kz-Häftlinge, Kriegsgefangene und Fremdarbeiterinnen und -arbeiter ausbeutet, zur Sklavenarbeit eingesetzt. (5)

In den Fabriken wurden die Fremdarbeiterinnen und -arbeiter gegäult von einem, halb-militärischen Werkschutz. Eigens konstruierte Folterinstrumente wie der "Käfig" unterstrichen den offiziellen Charakter der Quälereien, des Terrors. Das berüchtigte "firmeneigene" KZ ließ "Arbeit und Tod zu beinahe gleichlautenden Bergriffen" werden, urteilte das Gericht im Nürnberger Prozeß. Und das Schlagen von Ostarbeitern und russischen Kriegsgefangenen beurteilte es als "Teil der täglichen Routine von Lagerleitern, Hilfswachen, Werkschutz und gewöhnlichen Arbeitern. Die Waffen, mit denen geschlagen wurde, verteilte die Firma Krupp." (6)

DIE OPFER DER FASCHISTISCHEN ZWANGSARBEIT N I C H T VERGESSEN !!!

Eine Entschädigung der Opfer der Zwangsarbeit im Faschismus und ihrer Hinterbliebenen wird in Westdeutschland von der Justiz, wie auch den Monopolkapitalisten selbst, nach wie vor - bis auf wenige Ausnahmefälle - abgelehnt. Ein GENERELLER ANSPRUCH auf Entschädigung wird n i c h t anerkannt. Das Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgericht vom 28.11.66 gegen einen früheren sowjetischen Staatsangehörigen hat weiterhin Gültigkeit:

"Seine Verbringung zum Arbeitseinsatz erfolgte nicht wegen seiner Zugehörigkeit zu einem fremden Staat oder zu einem nicht deutschen Volkstum. Sie war vielmehr eine Maßnahme zur Beseitigung des kriegsbedingten Mangels an Arbeitskräften, von der Personen aller Nationalitäten betroffen waren."

Wurde tatsächlich einmal von einem Kapitalisten eine "Entschädigung" gezahlt, so betraf es nur einen geringfügigen Teil der Opfer und war äußerst gering. Der Krupp-Konzern zahlte auf diese Art an 3.100 Fremdarbeiter eine nur minimale Summe, nach der Devise, wie sie die Deutsche Bank beim Kauf der Flick-Aktien anführte: um den "Geruch von Schweiß und Blut von den neuen Aktien" zu nehmen (FR 9.1.85). Die Herrschaften betonten, daß die Entschädigung kein Problem der Deutschen Bank sei, "wenn man überhaupt von einem Problem reden kann" (Ebd.), denn so betont heute Daimler Benz, der Konzern "(hat) mit dem damaligen Unternehmen nicht viel mehr als den Namen gemein." (FR 14.6.88)

Nach mehr als 40 Jahren der Niederschlagung des Faschismus besteht für jede Antifaschistin, für jeden Antifaschisten in Westdeutschland die Pflicht, die Forderung nach Entschädigung der Opfer der Zwangsarbeit weiterhin zu erheben.

Niederschlagung und Wiederaufstieg der deutschen Imperialisten

Der deutsche Faschismus wurde 1945 niedergeschlagen. Mit ihm lag eine seiner hauptsächlichen Stützen - das deutsche Monopolkapital - am Boden. Das Potsdamer Abkommen, indem sich der Einfluß der damals sozialistischen Sowjetunion zeigte, sah eine völlige Vernichtung des Kriegspotentials des deutschen Imperialismus vor, insbesondere betraf dies die Produktionsanlagen und -möglichkeiten für Kriegsmaterialien. Die Sowjetunion gab sich allerdings keinen Illusionen hin, daß damit der deutsche Imperialismus für alle Zeiten gebändigt wäre. Ohne wirkliche Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates, ohne Beseitigung des Kapitalismus durch die Revolution des Proletariats waren die Wurzeln des Faschismus längst noch nicht vernichtet. Da in Westdeutschland eine solche revolutionäre Veränderung aus den verschiedensten Gründen - auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden soll - nicht verwirklicht wurde, hat sich bewahrheitet, was Stalin bereits 1944 schrieb:

"Deutschland wird nach seiner Niederlage natürlich sowohl wirtschaftlich als auch militärisch und politisch entwaffnet sein. Es wäre jedoch naiv zu glauben, daß Deutschland nicht versuchen werde, seine Macht wiederzuerlangen und zu einer neuen Aggression zu schreiten. Es ist allbekannt, daß die deutschen Machthaber jetzt schon zu einem neuen Krieg rüsten. Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wiederherstellt."

(Stalin, "Der 27. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" 6.11.44, SW 14, S. 367)

NS-Verbrecher werden geschont - Krupp's NS-Verbrechen blieben ungesühnt

Der Wiederaufstieg des westdeutschen Imperialismus als unmittelbarer Nachfolger des deutschen Imperialismus wurde auch durch die Schonung und Freisprechung des Großteils der Hauptkriegsverbrecher und einer Unmasse an NS- und Kriegsverbrecher seitens der westlichen Alliierten spätestens ab 1947/48 wesentlich erleichtert. Nicht nur Justiz-, Polizei-, Militär- und Beamtenapparat blieben fast ungeschoren, sondern ebenso das deutsche Kapital und ihre führenden Vertreter.

Gustav Krupp von Bohlen und Halbach - Alleininhaber und Leiter der Krupp Werke (bis 1943) - wurde als einer der wenigen Vertreter des deutschen Kapitals im Hauptkriegsverbrecherprozeß in Nürnberg 1945/46 angeklagt: Stärkung der Herrschaft der Nazis, Kriegsvorbereitung, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität verantwortlich zu sein, Ausbeutung von Zwangsarbeitern und Verbrechen gegen sie genehmigt und geleitet zu haben. (siehe: Der Nürnberger Prozeß, Bd 1, S. 80/81). Der "alte Krupp" blieb von einer Verurteilung verschont, da daß Gericht ihn als verhandlungs- und haftunfähig ansah.

Sein Nachfolger, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach - seit 1936 bei den Krupp-Werken, 1941 im Direktorium, 1943 Alleininhaber - wurde 1948 von einem amerikanischen Gericht zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Allerdings wurde er schon hier von den Anklagepunkten - Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges, Verschwörung gegen den Frieden - freigesprochen, wie auch 11 seiner Manager und Direktoren, und nur noch verurteilt wegen "Plünderung von Wirtschaftsgütern und Begehung von Humanitäts- und Kriegsverbrechen durch Beschäftigung ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener". Eine amerikanische Revisionsinstanz hob bereits 1951, nach 5 Jahren Haft, die übrige Strafe für Krupp auf. Krupp war wieder auf freien Fuß.

In der Revision erfolgte quasi ein nachträglicher Freispruch. Die Begründung des hohen Kommissars McCloy für die Widerrufung der Vermögenskonfiskation (im Urteil von 1948) zeigt am Beispiel von Krupp, wie das deutsche Monopolkapital vor einer gerechten Strafe verschont wurde. Es heißt darin, daß:

"... auf Grund der vorliegenden Anklagepunkte bei dem Angeklagten Krupp keine persönliche Schuld zu finden sei, die ausreichen würde, ihn über alle durch die Nürnberger Gerichte Verurteilten herauszuheben".

Darüberhinaus:

"Was nun die Aufhebung des Urteils hinsichtlich des Vermögenseinzuges betrifft, so finde ich keinen Grund, diesen Mann vor allen anderen, selbst vor denen, die offensichtlich Massenmord begangen haben, auszusondern. Denn in keinem Fall wurde das persönliche Eigentum eines Verurteilten eingezogen."

(Zitiert nach: Die Nachfolger der Ruhrkonzerne. S. 154)

Viele ehemals verurteilte NS-Verbrecher kamen Anfang der 50-er Jahre aus den Gefängnissen, soweit sie überhaupt inhaftiert worden waren. Diese Ent-

lung verdeutlicht die dann bestimmenden Interessen der amerikanischen, französischen und britischen Imperialisten. Angesichts der volksdemokratischen und sozialistischen Entwicklung in einer Reihe von Ländern, taten sie nunmehr alles, um in Westdeutschland mit Hilfe der deutschen Monopole und all den anderen Nichtverurteilten bzw. Freigelassenen NS-Verbrecher, ein "Bollwerk" der Reaktion, des Kapitalismus entstehen zu lassen.

**DAS MONOPOLKAPITAL IN WESTDEUTSCHLAND
UND GERADE AUCH KRUPP - BLUTSAUGER DER VÖLKER DER WELT !**

Das deutsche Monopolkapital hat sich nach der Niederschlagung relativ schnell wieder aufgerichtet. So verfügte KRUPP - trotz Reparationsleistungen, trotz Abgabe von einigen Firmenteilen und Beteiligungen im Jahr 1958 bereits wieder über 21 Konzernhauptbetriebe, denen 95 Betriebsabteilungen, Konzerngesellschaften, Beteiligungsgesellschaften zugeordnet waren. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 13.000 im Jahr 1951 auf 110.000 im Jahr 1960. (Siehe: Internationale Biographie-Archiv, Munzinger). Am Beispiel des Krupp-Konzerns wird deutlich wie altberüchtigte Banken und Monopole des deutschen Imperialismus in einer unwahrscheinlich kurzen Zeitspanne wieder Aufwind bekamen und "deutsche Interessen" in der Welt wieder durchzusetzen verstanden.

Nach der Niederlage des Faschismus hat sich der westdeutsche Imperialismus wieder riesige Einflußgebiete auf der ganzen Welt verschafft, in die er ökonomisch, politisch, militärisch eingedrungen ist und die er in Konkurrenz zu anderen imperialistischen Großmächten ständig versucht auszudehnen und zu vergrößern. Westdeutschland gehört heute neben Japan und den USA zu den führenden Exportmächten und macht durch diese beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt immer mehr Länder finanziell und ökonomisch von sich abhängig. Durch Kapitalinvestitionen der deutschen Monopole - für die Namen stehen wie: Siemens, Daimler Benz, VW, die IG-Farbennachfolger (Hoechst, Bayer, BASF), Deutsche Bank und auch Krupp - werden in abhängigen, industriell weniger entwickelten Ländern Rohstoffe und die dortige Arbeiterklasse ausgebeutet, und unter der Herrschaft faschistischer Regimes märchenhafte Profite erzielt. Die Imperialisten in Westdeutschland sind längst wieder zu einer imperialistischen Großmacht aufgestiegen.

Ein Wiederauferstehen des Faschismus, die zunehmende Faschisierung in Westdeutschland und die Vorbereitung auf imperialistische Kriege und deren Ansetzung bzw. Unterstützung durch die westdeutschen Imperialisten heute - all das kann nur verhindert, erfolgreich bekämpft werden, wenn die Wurzeln für Faschismus und imperialistische Kriege vernichtet werden, durch den Sturz des Kapitalismus in der bewaffneten, sozialistischen Revolution.

* * *

An die Angehörigen meiner gewerblichen Anlagen

"Genießet, was Euch beschieden ist. Nach getaner Arbeit vebleibt im Kreise der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern und sinnt über Haushalt und Erziehung. Das sei Eure Politik, dabei werdet Ihr frohe Stunden erleben. Aber für die große Politik erspart Euch die Aufregung. Höhere Politik treiben erfordert mehr Zeit und Einblick in die Verhältnisse, als dem Arbeiter verliehen ist."

Alfred Krupp 1877

-
- Quellen:** (1) Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14.11. 1945 - 1.10. 1946
Delphin Verlag München-Zürich 1984. Band 1, S. 150.
(2) Siehe: Die Nachfolger der Ruhrkonzerne. Hrsg.: Zipp, u.a. Düsseldorf.
(3) Braubuch. Kriegs- und Naziverbrecher i. d. Bundesrep. u. Westberlin. Bln.1968,S.17
(4) Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Hrsg.: Künnl, Köln 1987. S. 381.
(5) Braubuch, a.a.O., S. 20. (6) Die kalte Amnesty. Frankfurt 1984. S. 68.

Vorwort aus: W.I.Lenin - J.W. Stalin

über die Arbeiteraristokratie

Nachfolgend drucken wir das Vorwort der Broschüre "W.I.LENIN - J.W. STALIN: ÜBER DIE ARBEITERARISTOKRATIE" ab, die als Broschüre der MARXISTISCH-LENINISTISCHEN SCHRIFTENREIHE herausgekommen ist. Diese Schriftenreihe veröffentlicht Texte der Klassiker des Marxismus-Leninismus Marx, Engels, Lenin und Stalin, die von den Redaktionen von ROTE FAHNE, WESTBERLINER KOMMUNIST und GEGEN DIE STRÖMUNG gemeinsam zusammengestellt werden.

Die Rolle der Arbeiteraristokratie in imperialistischen Ländern wird von den Opportunisten traditionell beschönigt bzw. ihre Existenz geleugnet. Das ist kein Zufall, da die Arbeiteraristokratie die soziale Basis des Opportunismus, Revisionismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung bildet. Für eine wirklich revolutionäre Arbeit der Marxisten-Leninisten unter den Proletariern der imperialistischen Länder ist eine restlose Klarheit über die Arbeiteraristokratie unabdingbare Voraussetzung.

Im hier abgedruckten Vorwort wird über die aktuelle Bedeutung der Lehren Lenins und Stalins über die Arbeiteraristokratie ein knapper Überblick gegeben. Wir empfehlen allen Genossinnen und Genossen das gründliche Studium der in der Broschüre der MLSR zusammengestellten Texte von Lenin und Stalin.

Der Kampf zur Zerschlagung des Imperialismus muß mit dem Kampf gegen den Opportunismus verbunden werden. Diese Lehre ist sehr aktuell, wenn man vor Augen hat, welche Rückschläge die internationale marxistisch-leninistische Bewegung durch das Vordringen der verschiedenen revisionistischen Strömungen erlitten hat.

Um den Opportunismus wirklich tiefgehend und konsequent bekämpfen zu können, ist die Kenntnis seiner materiellen Wurzeln unabdingbar. Lenin erklärte:

"Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen."

(Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1920, LW Bd.22, S.198, S.14 dieser Broschüre)

Deshalb werden in dieser Ausgabe der "Marxistisch-leninistischen Schriftenreihe" Schriften Lenins und Stalins über die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder herausgegeben, in denen sie die materiellen Wurzeln des Opportunismus in der Arbeiterbewegung aufdecken und die grundlegenden Aufgaben des Kampfes dagegen aufzeigen. In einem Anhang dieser Broschüre wird umfassend dokumentiert, wie Marx und Engels den Opportunismus der englischen Arbeiterklasse im vormonopolistischen Kapitalismus analysiert und entlarvt haben, damit der Leser die Ansichten von Marx und Engels zu dieser Frage, wie Klasse im vormonopolistischen Kapitalismus analysiert und entlarvt haben, damit der Leser die Ansichten von Marx und Engels zu dieser Frage, wie Lenin es verlangte, in ihrer Gesamtheit studieren kann.



Die Arbeiteraristokratie

In seinen Schriften lehrt Lenin,

"daß es dem Kapital hier (in den entwickelten kapitalistischen Ländern, Anmerkung der Herausgeber) dank dem Kolonialbesitz und den Extraprofiten des Finanzkapitals usw. gelungen ist, eine relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie herauszubilden, die eine kleine Minderheit ist."

(Lenin, "Thesen über die Hauptaufgaben des zwei-

ten Kongresses der KI", 1920, LW 31, S.181, Seite 62 dieser Broschüre.)

Die Monopolstellung der imperialistischen Länder, insbesondere die Ausbeutung der Abermillionen Menschen der kolonialen und abhängigen Länder, erlaubt es der Monopolbourgeoisie, mit einem Teil dieser Extraprofite eine privilegierte Oberschicht der Arbeiterklasse zu bestechen, eine Schicht verbürgerlichter Arbeiter herauszubilden, die den Vorzug besserer Lohn- und Lebensbedingungen genießen, in ihrer ganzen Lebensweise und Weltanschauung verspielt sind. Diese Minderheit der Arbeiterklasse ist die Hauptquelle des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, der Predigt der Einheit mit der Bourgeoisie, mit der sie ein Bündnis gegen die Masse des Proletariats im eigenen Land und den ausgebeuteten Massen der unterdrückten Nationen geschlossen hat. Sie predigen Sozialchauvinismus und Reformismus, um die Arbeiterklasse von der Revolution abzuhalten.

Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß ohne den systematischen Kampf gegen die Arbeiteraristokratie und ihre opportunistische Ideologie die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats, die Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats unmöglich ist.

Die modernen Revisionisten versuchen, die faktisch vorhandene Spaltung der Arbeiterbewegung zu vertuschen und die Bedeutung der Arbeiteraristokratie herunterzuspielen. So schreibt das revisionistische Lehrbuch "Grundlagen des Marxismus-Leninismus" (*), daß der Opportunismus in der Arbeiterbewegung, der als soziale Basis die Arbeiteraristokratie hat, lediglich die "Kursnahme auf die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, auf die Spaltung der Arbeiterbewegung" bedeute. Das heißt, daß die Arbeiterbewegung noch nicht gespalten ist, sondern erst darauf "Kurs genommen" wird.

Eine solche Auffassung bedeutet in Wirklichkeit eine Beschönigung der bereits existierenden Spaltung, aus der die Marxisten-Leninisten den Schluß ziehen, daß die revolutionäre Einheit des Proletariats gegen die Arbeiteraristokratien formiert werden muß.

Die Vertuschung der Existenz der Arbeiteraristokratie kommt auch in solchen revisionistischen Ansichten zum Ausdruck, daß sie heute in der Hauptsache aus den Spitzen der Gewerkschaften, der Arbeiterbürokratie, beständen. Aber die Arbeiteraristokratie besteht aus viel mehr Personen als den wenigen

(*). 2. Ausgabe, Berlin 1963, S.302

Tausenden Arbeiterbürokraten, die bewußt dem Kapitalismus dienen.



Die Lage der Arbeiter der Unterdrückernation

Einen weiteren Themenbereich darf man bei der Beschäftigung mit dem Problem der Arbeiteraristokratie nicht außer acht lassen:

Lenin deckte die Privilegierung der breiten Masse der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder im Unterschied zu den Werktägigen der unterdrückten Länder auf.

Die Monopolbourgeoisie versucht ja nicht nur mit Hilfe der Arbeiteraristokraten den Kampf für die proletarische Revolution zu sabotieren. Lenin wies bei der Analyse der ökonomischen, politischen und ideologischen Unterschiede in der Lage der Arbeiterklasse eines unterdrückenden und eines unterdrückten Landes nachdrücklich auf folgendes hin:

"Die Arbeiter der unterdrückenden Nationen sind bis zu einem gewissen Grade Teilhaber ihrer Bourgeoisie bei der Ausplunderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation."

(Lenin, "Über eine Karikatur auf den Marxismus", 1916, LW.23 S.48, Seite 49 dieser Broschüre)

Dadurch wird die materielle Grundlage geschaffen, breitere Teile der Arbeiterklasse mit dem Gift des Sozialchauvinismus anzustecken, zur Verteidigung der "eigenen" Bourgeoisie beim Kampf um die Aufteilung der imperialistischen Beute. Es ist wichtig, ein richtiges Verständnis der Ursachen der Erscheinung zu bekommen, daß es der Monopolbourgeoisie zeitweilig gelingt, in breiteren Teilen der Arbeiterklasse die Überheblichkeit gegenüber den unterdrückten Völkern zu schüren, Chauvinismus und Rassismus zu verbreiten, um mit dem Hinweis auf die "Zivilisation" des Unterdrückerlandes eine angebliche Interessen-einheit von Bourgeoisie und Proletariat gegenüber den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker zu konstruieren.

Eine besondere Mühe gibt sich die imperialistische Bourgeoisie, den Zusammenschluß zwischen den Arbeitern der imperialistischen Länder und den ausländischen Arbeitern zu verhindern, die aus den unterdrückten Ländern kommen. Lenin zeigte, daß die ausländischen Arbeiter weitaus mehr ausgebeutet werden und politisch viel rechtloser sind als die einheimischen Arbeiter, daß sie eine weitere Quelle für Extraprofite und somit eine zusätzliche Quelle sowohl für die Besteckung der Arbeiteraristokratie als auch für die Teilhabe breiter Arbeiterschichten an den Profiten der imperialistischen Bourgeoisie darstellen.

Der parasitäre Charakter des Imperialismus erschwert zweifellos die Revolution. Er stellt ein Hindernis dar für die Herstellung einer gemeinsamen Hauptfront der Arbeiter der imperialistischen Länder mit den hier arbeitenden ausländischen Arbeitern sowie für die Erziehung der Arbeiterklasse des imperialistischen Landes zur Unterstützung der revolutionären Bewegung der vom "eigenen" Imperialismus unterdrückten Völker.

Die modernen Revisionisten verschweigen nicht nur die materiellen Grundlagen, sondern überhaupt die Tatsache, daß auch das Proletariat in den imperialistischen Ländern mit Chauvinismus und Revisionismus angesteckt ist, und unterstützen damit die Spaltungs-bemühungen der Monopolbourgeoisie.



MARXISTISCHE LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE

W.I. LENIN - J.W. STALIN

ÜBER

DIE ARBEITERARISTOKRATIE

- Über die ökonomischen Wurzeln der Arbeiteraristokratie und die Rolle der Arbeiteraristokratie als materielle Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung
- Über die politischen, ökonomischen, ideologischen Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder gegenüber den werktätigen Menschen der abhängigen Länder
- Über die materielle Basis des Chauvinismus gegenüber den ausländischen Arbeitern und den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Länder
- Über die Notwendigkeit für die marxistisch-leninistische Partei, sich durch Säuberung von opportunistischen Elementen zu stärken

Anhang

K. MARX - F. ENGELS

über

Die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Es gibt andere reaktionäre Theorien, die behaupten, die gesamte Arbeiterklasse sei verbürgerlicht, sie habe sich mit ihrer Situation im Kapitalismus abgefunden und in das System "integriert". (Marcuse, Gorz u.a.) Solche Auffassungen spekulieren im Grunde genommen mit den Erfolgen der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse zu spalten, Privilegien zu gewähren, aber auch mit dem zeitweiligen Rückgang der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern, welcher in erster Linie dem Verrat der modernen Revisionisten selbst zuzuschreiben ist. Solche Theorien der Verbürgerlichung der ganzen oder des großen Teils der Arbeiterklasse führen notwendig zur Leugnung des Proletariats als der einzigen konsequent revolutionären Klasse.

Es ist wahr, daß sowohl die Arbeiteraristokraten als auch vor allem ihre Herren selbst mit jedem Mittel versuchen, die Arbeiterklasse von der Revolution abzubringen, aber ebenso unumstößlich wahr ist es, daß es allein die Arbeiterklasse vermag - aufgrund ihrer Existenzbedingungen und unter Führung einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei - die Hegemonie über die anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen zu erringen, die Bourgeoisie zu stürzen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Sozialismus und Kommunismus aufzubauen.



Die in der vorliegenden Broschüre veröffentlichten Schriften oder Textstellen von Marx und Engels über die Verbürgerlichung der Arbeiterklasse in England in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts beweisen unter anderem, daß Marx und Engels diese Erscheinung als eine zeitweilige ansahen, die infolge

Englands einzigartiger Monopolstellung 1848-68 entstanden war. Die größte Möglichkeit der Bestechung der gesamten bzw. des weitaus größten Teils der Arbeiterklasse war ein Ausnahmefall, der auch nur so lange währte, bis das Monopol Englands beim Übergang zur imperialistischen Epoche und des erbitterten Kampfes der imperialistischen Großmächte um die Neuverteilung der Beute gebrochen wurde. Auf dieses Problem eingehend, zog Lenin die Schlußfolgerung:

"Damals war es möglich, die Arbeiterklasse eines Landes zu bestechen, für Jahrzehnte zu korrumpern. Heute ist das unwahrscheinlich und eigentlich kaum möglich, dafür aber kann jede imperialistische 'Groß'macht kleinere (als in England 1848-1868) Schichten der 'Arbeiteraristokratie' bestechen und besticht sie auch."
(Lenin, "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", 1916, LW 23 S.113, Seite 26 dieser Broschüre)

Vorrangig muß der Kampf gegen die Prediger der Einheit mit der Arbeiteraristokratie, der Schirmacher des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, geführt werden, die die Arbeiterklasse an den Imperialismus ketten wollen. Dazu bedarf es der marxistisch-leninistischen Partei, die den konsequenten Kampf gegen Revisionismus und jeglichen anderen Opportunismus führt und die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Arbeiteraristokratie herstellt. Dieser Kampf ist Voraussetzung für das Bündnis mit den unterdrückten Völkern, insbesondere den vom "eigenen" Imperialismus unterdrückten, ohne den an die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht zu denken ist.

Eine besondere Aufgabe ist es, die arbeiteraristokratische Gesinnung zu bekämpfen, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter in den imperialistischen Ländern durch die Revolution "nicht allzusehr verschletern dürfe", ja, daß alle sozialen Mißstände auf einen Schlag in kürzester Zeit verschwinden würden. Solche Auffassungen hielt Lenin für konterrevolutionär, und sie haben nichts damit zu tun, daß unter der Diktatur des Proletariats sich die Lebenshaltung auf lange Sicht verbessern wird.

Lenin erklärte deutlich:

"Der Sieg der Arbeiter ist unmöglich ohne Opfer, ohne eine zeitweilige Verschlechterung ihrer Lage. Wir müssen den Arbeitern das Gegenteil von dem sagen, was Crispin hier gesagt hat. Will man die Arbeiter auf die Diktatur vorbereiten und sagt ihnen, die Lebenshaltung dürfe sich 'nicht allzusehr' verschletern, so vergißt man die Hauptsache, nämlich daß die Arbeiteraristokratie gerade dadurch entstanden ist, daß sie 'ihre' Bourgeoisie bei der imperialistischen Er-

oberung und Unterdrückung der ganzen Welt unterstützt, um sich auf diese Weise bessere Löhne zu sichern."
(Lenin, "II. Kongreß der KI", 1920, LW 31, S.236, S. 65 dieser Broschüre)

Eines der Hauptmittel der Opportunisten, einer ihrer meistverbreiteten Sophismen, wie Lenin sagte, besteht darin, den notwendigen Bruch mit dem Opportunismus zu sabotieren unter Berufung darauf, daß "man sich von den Massen nicht trennen dürfe". Lenin stellt dem entgegen:

"tiefer, zu den untersten, zu den wirklichen Massen zu gehen: Darin liegt die ganze Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus und der ganze Inhalt des Kampfes."
(Lenin, "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", 1916, LW 23 S.117, Seite 30 dieser Broschüre)

Die Marxisten-Leninisten müssen gerade die untersten Massen der Arbeiterklasse gewinnen, die durch die bürgerlichen Vorurteile und Privilegien noch nicht in dem Maße verdorben und häufig noch unorganisiert sind.



Den Abschluß des Hauptteils der vorliegenden Broschüre bilden zwei Texte Stalins über die Quellen der Gegensätze in der Partei, über die materielle Basis der opportunistischen Elemente in der Partei und die Notwendigkeit ihrer Säuberung aus der Partei.

Jeder Marxist-Leninist muß sich vollständige Klarheit über diese Fragen verschaffen, die von allen Opportunisten angegriffen wird, da sie grundlegender Bestandteil der Lenin-Stalinschen Lehre von der Partei neuen Typus ist.

Das tiefe Verständnis der Frage der Arbeiteraristokratie ist Schlüssel für alle Fragen der Hegemonie des Proletariats, für ihre Verwirklichung im eigenen Land, für das Bündnis zwischen dem Proletariat der imperialistischen Länder und den unterdrückten Völkern und für die Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei.

In einer demnächst erscheinenden Ausgabe der "Marxistisch-leninistischen Schriftenreihe" wird die Redaktion der MLSR eine Sammlung von Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus vorlegen, in denen die verschiedenen Formen des europäischen Chauvinismus in der Arbeiterbewegung der imperialistischen Länder analysiert werden.

Redaktion der MLSR

Oktober 1981



A N H A N G : Dokumente kämpferischer Arbeiterinnen und Arbeiter

oooooooooooooooooooooooooooo

Nachfolgend das im Original wiedergegebene Flugblatt kämpferischer Arbeiterinnen und Arbeiter, darunter vor allem auch Arbeiter von Krupp-Rheinhausen. Daran anschließend drucken wir die Rede ab, die auf der Versammlung am 19. Mai in Rheinhausen nicht gehalten werden durfte.

Auch wenn wir nicht unbedingt mit allem übereinstimmen, halten wir eine Auseinandersetzung mit diesen Auffassungen für sehr wichtig.

Das ist nicht das letzte Wort!

Nach über 5 Monaten eines Kampfes, der die ganze Republik bewegt hat, sind die Vorstände von Krupp und Mannesmann keinen Millimeter von ihren Stillegungsplänen abgerückt. Das Vermittlungsergebnis sieht ein Sterben in Raten vor. Das Kapital und seine Wendepolitiker atmen auf. „Das monatelange, an Krawallen und Rechtsbrüchen reiche Spektakel ist zu Ende“ triumphiert Springer’s „Welt“. Sie fordern die Rückkehr zu „Vernunft, Recht und Ordnung“. J. Rauschließt sich an, erhofft sich die Wiederherstellung des „sozialen Friedens“ und predigt „neues Vertrauen“ zwischen Arbeit und Kapital.

Jedoch:

- Was ist „vernünftig“ daran, wenn die Erwerbslosigkeit, die soziale Not und der psychische Leidensdruck in Rheinhausen und anderswo jetzt weiter ansteigen sollen?
- Welches Recht ist gemeint, wo vertragsbrüchige und betrügerische Vorstände unbehelligt bleiben?
- Was ist das für eine Ordnung, in der nur wenige, wie die Großaktionäre des Krupp-Konzerns, auf den Knochen der Vielen Milliardenvermögen anhäufen? Wo nur Wenige mit dem Schicksal von Zehntausenden umspringen können, wie es ihnen paßt?

Jede und jeder Einzelne, jede Belegschaft, jede Stadt und jede Gemeinde kann schon morgen an der Reihe sein. Rheinhausen ist überall, und die Angriffe auf unsere Arbeits-

und Lebensbedingungen haben erst begonnen.

Täglich müssen wir uns wehren: Gegen Arbeitsplatzverlust und wachsenden Leistungsdruck, gegen Lohn- und Sozialabbau. Härter wird die Jagd nach den wenigen Lehrstellen und Arbeitsplätzen, die uns noch angeboten werden. Und nichts ist gesichert, auch nicht die dürftigen Zusagen, die von den Konzernvorständen und Politikern mit der Bonner Ruhrgebietskonferenz und dem Vermittlungsergebnis gemacht worden sind.

Ihre Unterschriften sind nichts wert. Wir können nur auf unsere gemeinsame Solidarität bauen. Wir können uns nicht mit der möglichen Ansiedlung einiger Hochtechnologie-Betriebe zufrieden geben, die nur wenige Arbeitsplätze bringen und zu neuen Rationalisierungswellen führen.

Wir wollen kein Sterben auf Raten, weder der Hütte, der Stahlbranche, noch der Gewerkschaften und der Städte und Gemeinden. Rheinhausen hat Maßstäbe gesetzt, wie man sich wehren kann. Darüber darf kein Gras wachsen!

Die Kapitalsseite ist hart und kompromißlos. Warum nicht die Verantwortlichen in IG Metall und anderen DGB-Gewerkschaften. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden!

Alle, die in Rheinhausen und anderswo den Mut nicht sinken lassen, müssen jetzt zusammenstehen.

Nisan Aslan, Mustafa Akorcoy, Hans Batteux (IGM Bochum), Ulrike Behrendt, Hartmut Dicke, Hermann Dirkes (BR Duisburg), Bettina Fahrner (JV Duisburg), Dietmar Hauschke (VKL Krupp-Rheinhausen), Norbert Hinrichs, Manuel Kellner, Wolfgang Kolditz (VK Krupp-Rheinhausen), Herbert Knapp, Martina Sproll (JV Duisburg), Sahset Subasi, Willy Scherer, Dietrich Jobstvogt (VK Witten), Peter Dentgen (VK Krupp-Rheinhausen), Peter Lauff (VK Krupp-Rheinhausen), Rolf Turek (Rentner Rheinhausen)
(Funktionsangaben dienen nur der Kennzeichnung der Person)

Die Unterzeichneten wollten ursprünglich zu einer Protestdemonstration gegen das „Vermittlungsergebnis“ für den 14. Mai aufrufen. Dieser Vorschlag wurde von einer Mehrheit des Bürgerkomitees abgelehnt unter Verweis auf vorgeschencne Aktionen am 19. Mai, dem Tag der Aufsichtsratsentscheidung selbst. Wir rufen nun dazu auf, den Protest dort zum Ausdruck zu bringen. Das Treffen soll in Rheinhausen am 19. Mai um 17 Uhr und die Kundgebung unter dem Motto „Rheinhausen wird leben – Zukunft für die Stahlregion“ um 19 Uhr stattfinden.

REDE, DIE NICHT GEHALTEN WERDEN DURFTE

Kolleginnen, Kollegen, Bürger und Freunde!

Dies ist ein rabenschwarzer Tag, nicht nur für die Krupp-Belegschaft, nicht nur für Rheinhausen. Heute ist ein schwarzer Tag auch für die Belegschaften aller Stahlbetriebe in der ganzen Bundesrepublik. Und ich gehe noch weiter und sage, ein schwarzer Tag für die abhängig Beschäftigten und ihren D.G.B. insgesamt.

Wir waren angetreten, um die Arbeitsplätze und den Stahlstandort Rheinhauen zu verteidigen. Wir wußten von Anfang an: Es geht nicht nur um 5 000 Arbeitsplätze hier. Es geht um viel mehr, um alles, was dranhängt an diesem Standort, und das sind 10 000e von Arbeitsplätzen, und das ist die Zukunft unserer Kinder.

Mit der Unterzeichnung - es wird vornehm "Paraphierung" genannt - der Vereinbarung mit den Vorständen von Krupp und Mannesmann durch den Betriebsrat, ist das Ziel der Verteidigung des Standorts aufgegeben worden.

Der Betriebsrat sagt selbst, daß das eine Niederlage ist. Der Betriebsrat sagt selbst, daß das Ergebnis "nicht akzeptabel" ist. Nur könnte es durch Kampf nicht mehr verbessert werden.

Kolleginnen, Kollegen, liebe Freunde, unsere Erfahrung in den letzten Monaten ist eine andere. Nur Druck, nur Mobilisierung, nur Kampf konnte irgendetwas bewegen. Doch immer, wenn der Gegner ökonomisch getroffen werden konnte, wurden Streikaktionen beendet.

Man sagt uns, weiterer Kampf könnte das bißchen noch gefährden, was erreicht worden ist. Es ist aber Unsinn, daß irgendetwas erreicht worden wäre. Gar nichts ist erreicht worden. Die sogenannte Zeitschiene paßt den Geschäftsleitungen doch weitgehend in den Kram. Nicht nur weil zur Zeit mit Stahl wieder einmal viel Geld gemacht wird, wir haben eine Zwischenkonjunktur, sondern auch weil der Ab- und Umbau seine Zeit braucht, und was an Arbeitskräften bleibt, soll dafür weiter ausgequetscht werden.

Die "zugesagten" 1 500 Arbeitsplätze

sind ein Witz. Erstens wegen der Menge, 800 neue schaffen hieße das, während 5 000 zerstört werden.

Zweitens weil wir doch wissen, was die Unterschrift dieser sogenannten Herren wert ist. Wenn die Belegschaft zerschlagen und in alle Winde zerstreut wird, können sie tun und lassen, was sie wollen. Wer diese Herren nicht zwingen konnte, den Standort zu erhalten, wird sie auch nicht zwingen, die Zusage der 1 500 Arbeitsplätze einzuhalten.

Drittens verpflichten sich die Herren auch in der Erklärung zu gar nichts. So können die 1 500 Arbeitsplätze auch so entstehen, daß "Dritte", wie es heißt, "gewonnen" werden, hier Arbeitsplätze zu schaffen. Das heißt, jeder Würstchenbudenbesitzer, der einen beschäftigen will, und einen Anruf bei Krupp tätigt, wird von Krupp auf die Liste der 1 500 gesetzt.

Unterm Strich ist nichts geblieben, der großartige Kampf, die Mobilisierung der Bevölkerung, die Solidarität aus allen Ecken der BRD, die war bei diesem Ergebnis für die Katz. Deshalb kann und darf dieses Ergebnis nicht das letzte Wort gewesen sein. Deshalb muß die Perspektive des Kampfes neu aufgerollt werden. Im Endeffekt hätten wir schon Anfang Dezember schon Ja und Amen sagen können zum Plan der Stahlbosse, Rheinhausen platt zu machen!!

Man hat uns gesagt, die Belegschaft wollte eben nicht mehr kämpfen. Nun, wie sah es denn aus auf der entscheidenden Belegschaftsversammlung am 3. Mai? Die große Mehrheit der über 3 000 Anwesenden hat buchstäblich getobt und geplifft, als Manfred Bruckschen ihnen das Ergebnis vortrug.

Karin Benz-Overhage, die das Verhalten der IG Metall-Führung und das Ergebnis zu rechtfertigen versuchte, kam kaum zu Wort - fünfmal mußte der Versammlungsleiter eingreifen, damit sie überhaupt fertig reden konnte. So groß war die Empörung der Kolleginnen und Kollegen.

Reagiert so eine Belegschaft, die nicht mehr in den Kampf geführt werden kann? Tatsache ist, daß sie deshalb keinen Weg mehr gesehen hat, weil der Betriebs-

rat in seiner überwiegenden Mehrheit sagte: So, das ist das Ergebnis, wir alle sagen, es ist Scheiße, aber wir sehen keinen Weg, es zu verbessern!!!!!!

Darum sind die Leute ratlos und verbittert nach Hause gegangen. Das ist die Wahrheit!!!! Und wer behauptet, es wäre anders, der will uns hinters Licht führen.

Bitte bloß keine Schuldzuweisungen, wird nun von vielen so schön gesagt, niemand hat jemandem etwas vorzuwerfen, lassen wir uns nicht auseinanderdividieren. Man sagt uns, wir können erhobenen Hauptes aus diesem Kampf herausgehen. Ich denke aber, der Kopf kann nur erhoben sein, wenn die Wahrheit darin ist, und die Wahrheit ist unsere Stärke.

Wir müssen sie sagen, auch wenn sie unangenehm ist. Die Arbeiterbewegung kann nur etwas gewinnen, wenn sie Lehren zieht und wenn sie Roß und Reiter nennt.

Dann muß man aber auch anfangen, die Wahrheit zu sagen über diese SPD und ihren Rau und das, was er uns gebracht hat. Ein Vorsitzender Vogel der kann in Bonn sagen, er ist für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie, das kostet ihn gar nichts. Johannes Rau hat sich hier doch bloß als Erfüllungsgehilfe des Kapitals betätigt. Hätte er doch dem Krupp-Vorstand Bedingungen gestellt, daß dieser aufhören soll, uns zu belügen und zu bekämpfen, nein, das hat der Rau nicht getan, uns hat er gesagt, wie sollen aufhören zu kämpfen, dann wird er vermitteln. Uns hat er erpreßt.

Und ein Manfred Bruckschen setzt sich ein für den Abbruch des Streikes und behauptet, wenn bei den Verhandlungen nichts herauskommt, werden wir wieder kämpfen. Noch am 1. Mai sagt er öffentlich, man könne noch fünf Monate kämpfen, und eine Schließung des Standortes komme nicht in Frage.

Und dann kommt das Ergebnis der Vermittlung dieses Landesvaters, und was ist es??? Das Ende des Stahlstandortes, der Kniefall vor dem ursprünglichen Plan der Stahlbosse.

Und was sagt Manfred Bruckschen mit der Mehrheit dieses Betriebsrates, der offenbar vor dem vereinten Vorgehen der Stahlbosse und Rau zurückgewichen ist? Er sagt, man könne nichts mehr machen.

Das zweite, und das muß hier in aller

Deutlichkeit gesagt werden, das ist die Rolle der IG Metall in dieser Auseinandersetzung. Und wenn ich sage IG Metall, dann meine ich ganz bestimmte Leute, denn die IG Metall das sind wir alle, das sind die 2,7 Millionen Mitglieder, nicht die Vorstände. Denn gerade eine Reihe von Verantwortlichen in den Vorständen meine ich, die offenbar durchgesetzt haben, daß Rheinhausen eben nicht tatkräftig unterstützt wurde. Nicht einmal den 1. Mai haben sie nach Rheinhausen gelegt, obwohl die Faschisten gedroht haben, sich dieses Feld zu erobern. Nichts hat die IG Metall-Führung getan, um die Tarifrunde mit der Verteidigung der Stahlstandorte zu verzähnen. Nichts hat sie getan, um die Stahlbelegschaften aller Standorte in einen solidarischen gemeinsamen Kampf zu führen. Eine standortübergreifende Perspektive die gibt es - das ist das Stahlpolitische Programm der IG Metall, von den aktiven Mitgliedern in der Organisation durchgesetzt. Aber es ist Papier geblieben. Nichts ist praktisch durchgesetzt worden, und es in Aktionen umzusetzen. Warum? Weil diese Vorstände sich fürchten, die Verfügungsmacht des Kapitals herauszufordern, und erst recht nicht, um es anzugreifen. Diese Leute vom Apparat haben es sich offenbar so gemütlich eingerichtet in diesem System, daß sie den Sozialpartner, wie das so genannt wird, gar nicht mehr vermissen möchten.

Aus alledem müssen Schlüsse gezogen werden. "Jeder stirbt für sich allein" - das machen wir nicht mehr mit, und ich sage Euch hier und heute im voraus, wir werden immer mehr werden, die das nicht mitmachen. Wir wehren uns dagegen, daß den Kolleginnen und Kollegen an der Basis der Vorwurf gemacht wird: Ihr habt keine Solidarität geübt. Wenn nicht einmal die Verantwortlichen in den DGB-Gewerkschaften und in der IG Metall ihre Pflicht tun.

Unsere Schlüsse müssen sein: Die Neuordnung der Stahlindustrie nach dem Geschmack von Cromme, Kriwet und Co. hat doch erst angefangen.

Schon morgen fällt die Entscheidung über die Schließung von einer oder zwei Warmbreitbandstraßen. Ist es Bochum oder Salzgitter?

Wie lange noch wird Hösch die Flüssig-

phase in Dortmund aufrechterhalten?
Wie sicher ist der Edelstahlstandort Wit-
ten, wenn Thyssen sein Vormaterial dem-
nächst aus Ruhrort bezieht?

All das zeigt: Nur durch eine standort-
übergreifende Antwort ist dem Stahlka-
pital und seinen Plänen beizukommen.

Die IG Metall kann sich kein weiteres
Ergebnis wie in Rheinhausen mehr leis-
ten, wenn sie nicht völlig unglaublich
werden will.

Eine standortübergreifende Antwort ist
notwendig, bei der unsere Interessen
den Vorrang haben. Und in diesem Zusam-
menhang ist das weitere Schicksal vom
Stahlstandort Rheinhausen zu sehen. In
diesem Zusammenhang darf erst das letzte
Wort über den Fortbestand der Hoch-
öfen gesprochen werden!

Wo kämen wir hin, wenn die Kruppianer
sich bis Ende 1990 Stück für Stück de-
montieren ließen, und andere Standorte
in dieser Zeit um ihre Existenz und
branchenweite Lösung kämpfen?? Da kön-
nen wir doch nicht die Hände in den
Schoß legen und zuschauen!

Wenn die schönen Lösungen von der "Be-
harrlichkeit" der Rheinhausener und von
der Macht der Millionen gegen die Macht
der Millionäre eingesetzt werden soll,
überhaupt jemals ernst gemeint waren,

dann kommt es jetzt darauf an, zu zei-
gen, wie ernst es damit überhaupt war.
Die Belegschaft hat nicht diesem Ergeb-
nis zugestimmt. Sie hat darüber nie ab-
gestimmt. Auch der Betriebsrat sagt, es
ist unakzeptabel.

Deshalb muß die Mobilisierung weiterge-
hen, in allen denkbaren Formen. Und die
Mitglieder der IG Metall müssen dafür
sorgen, daß ihre Organisation wieder
Kampforganisation wird und kein Busun-
ternehmen und Gesangsverein bleibt. Es
dürfen keine Kämpfe mehr nur noch be-
gleitet werden, wie es so schön heißt,
Wir werden in Zukunft wissen, wer für
uns und wer gegen uns ist in der Orga-
nisation.

Wir fordern konkret für die nächste
Zeit:

Einberufung einer branchenweiten Ver-
trauensleutekonferenz! Neudiskussion
des Stahlpolitischen Programms unter
Einbeziehung der Erfahrungen von Rhein-
hausen, Hattingen, Oberhausen und der
Maxhütte und anderswo. Ausarbeitung
eines Aktionsprogramms für die gesamte
Stahlindustrie. Rheinhausen ist über-
all. Der Kampf muß weitergeführt wer-
den für unsere Interessen!



GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
Oktober 1987
Nr. 41

Der Kampf zur Vernichtung des westdeutschen Imperialismus erfordert die Auseinandersetzung mit der RAF !

10 Jahre ist es her, daß in der Auseinandersetzung zwischen der RAF und dem Staat des westdeutschen Imperialismus nach der Ankündigung "alle Stunde einen" Gefangenen zu "erschießen" (Spiegel 36/87), schließlich die damals führenden Kräfte einer RAF, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jörg Carl Raspe, tot im Gefängnis Stammheim aufgefunden wurden. Das wurde wie zuvor schon bei Ulrike Meinhof - offiziell als "Selbstmord" ausgegeben. Seit der Entführung und nach der dann folgenden Liquidierung des Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus und ehemaligen SS-Führers Schleyer, einem Blutsauger und Unterdrücker der Völker in der Tschechoslowakei zur Zeit des Nazifaschismus, begann eine unblutige Kampagne der Faschisierung in Westdeutschland.

- Das falsche Konzept der RAF
- Antimperialistischer Widerstand ohne Kampf gegen die sozialimperialistische Sowjetunion ist eine Färberei!
- Der imperialistische Charakter der Sowjetunion am Beispiel Afghanistan und Erzrepublikanien
- Unsere Haltung zu Genossen Stalin

(Oktober 1987, 40 Seiten, 4 DM)



GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
Nr. 42

September 1987



DIE REVOLUTION IN CHILE UNTERSTÜZEN !

In den letzten Jahren haben der Putsch und der Kampf des chilenischen Volkes gegen das verholtte Pinochet-Regime einen ungeheuren Aufschwung genommen. Von Menschen geprägt durch Faschismus, im Juli 1973 kam es unter den Bedingungen elendrücklichen Diktator, Schon in den ersten Jahren nach dem Militärputsch von 1973 die Lage des Pinochet-Reiches zu sein, so hat sich dies nicht geändert. Das Pinochet-Regime, die Jugend, Generalia und die Jugendmetropole Kampf am Mando, ein schicksal ohne P-Auseinandersetzung. Es wird sputtert, Revolution heraus!

Chile oder als "Kritiker" der "Übergangs" Pinochet "Menscherecht", Menschenrechte" beweist, die Interessen des westdeutschen Imperialismus in Chile ermöglicht und mit



Philippinen: Das Aquino-Regime in den Fußstapfen von Marcos.....S.19

Indien: Über die gerechten Kämpfe der Sikhs gegen den reaktionären und rassistischen indischen Staat.....S.27

Mexiko: Streik der VW-Arbeiter in Puebla.....S.41

Westdeutschland: Kampf dem "alltäglichen" Rassismus und Faschismus.S.44

KERRAT DER MODERNE REVISIONISTEN WIE VERGESSEN

(September 1987, 52 Seiten, 4 DM)



D E M N Ä C H S T E R S C H E I N T

*Dokumentation zum Strafprozeß gegen
W. Hofmann, Redakteur von GEGEN DIE
STRÖMUNG, wegen "Verunglimpfung der
BRD" (§90a)*

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

.....

Vorwort.....	S. 2
Für das Kapital und seine Politiker zählt nur Profit, Profit und nochmals Profit - DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN ! - (Flugblatt Nr.1, Januar 1988).....	S. 3
Kann eine "Verstaatlichung" die Krise in der Stahlindustrie und anderswo lösen ? - DIESER STAAT IST NICHT UNSER STAAT ! - (Flugblatt Nr.2, Februar 1988).....	S. 8
Wer sich auf den DGB-Apparat verläßt, der ist verlassen ! - RHEINHAUSEN UND DER DGB - (Flugblatt Nr. 3, Mai 1988).....	S.12
Solidarität im gemeinsamen Kampf zwischen deutschen und ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern - UNTER UNS KEINE SKLAVEN, ÜBER UNS KEINE HERR'N - (Flugblatt vom Oktober 1984).....	S.16
KRIEGSVERBRECHER KRUPP.....	S.21
Vorwort aus: W.I.Lenin - J.W.Stalin über die Arbeiteraristokratie (Broschüre der MARXISTISCH-LENINISTISCHEN SCHRIFTENREIHE, Okt.1981) ..	S.27
Anhang : DOKUMENTE KÄMPFERISCHER ARBEITERINNEN UND ARBEITER	
* Das ist nicht das letzte Wort! (Flugblatt).....	S.30
* Rede, die nicht gehalten werden durfte.....	S.31

Studiert den

Marxismus – Leninismus !



KARL MARX
FRIEDRICH ENGELS

MANIFEST
DER
KOMMUNISTISCHEN
PARTEI



W. I. LENIN

WAS TUN?

BRENNENDE FRAGEN
UNSERER BEWEGUNG



W. I. LENIN

STAAT
UND
REVOLUTION



J. W. STALIN

ÜBER
DIE GRUNDLAGEN
DES LENINISMUS